

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 09/2023 vom 16. November 2023, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Manfred Locher
Peter Aegerter, Martin Allemann, Natalie Althaus, Sandro Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Alice Kropf, Thomas Lanz, Christoph Lauener, Michelle Marbach, Vanessa Meier, Marianna Oesch Bartlome, Alexandre Raymondin, Thomas Rosenberg, Claude Schlapbach, Leonardo Schlatter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Simon Werren, Matthias Zellweger

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Judith Lüdi

Entschuldigt

Stadträtinnen Barbara Lehmann-Rickli, Nicole Krenger, Cloe Weber

Schluss der Sitzung

22:30 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur neunten Stadtratssitzung. Er weist darauf hin, dass die Anzahl der Traktanden mit jener vom Februar vergleichbar ist. Die damalige Zielsetzung von 23 Uhr korrigiert er für die heutige Sitzung auf 22 Uhr. Er beabsichtigt, die Traktanden vollumfänglich abzuarbeiten. Er verweist auf die nach 19 Uhr geplante Verpflegungspause hin und erwähnt, dass dazu auch die Pressevertreter eingeladen sind.

Marc Fritschi (Parteilos) beantragt eine Verschiebung von Traktandum sieben an den Schluss, damit die vom letzten Mal verschobenen Traktanden in jedem Fall abgearbeitet werden können.

Der Rat lehnt diese Traktandenänderung grossmehrheitlich ab.

Die Traktandenliste wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

Der **Stadtratspräsident** weist auf die zwei Tischvorlagen hin. Eine gehört zu Traktandum zwei, die andere zu Traktandum drei.

101. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26. Oktober 2023

Stadtratsbeschluss

Das Protokoll wird mit bestem Dank an die Verfasserin Fabienne Pieren, die stellvertretend eingesprungen ist stillschweigend genehmigt.

Der Stadtpräsident gibt eine Erklärung des Gemeinderates zur Stadtratssitzung vom 21. September 2023 ab. Der Stadtrat hat über einen Verlängerungsantrag für die Behandlungsfristen der beiden Gemeindeinitiativen «Thuner Wohn-Initiative» und «Bostudenzelg-Initiative» debattiert. Er bemerkt, dass der Gemeinderat seitens Stadtrats teilweise heftig kritisiert wurde. Dabei ging es darum, dass sie über die Gültigkeit noch nicht entschieden haben. Die Behandlungsfrist wurde nicht auf die beantragten sechs, aber auf drei Monate verlängert. Er informiert über die Gründe, warum bis heute noch kein Entscheid über die Gültigkeit dieser Initiativen gefällt wurde. Dem Initiativkomitee wurde das Recht auf rechtliches Gehör gewährt. Die von ihnen gesetzte Frist wurde vom Initiativkomitee aus verständlichen Gründen erstreckt. Damit kam es zu einer ersten Verzögerung. Seitens Komitees wurde eine Besprechung gewünscht, die entsprechend erfolgte. Sie bekamen die verschiedenen Anliegen des Komitees zur Kenntnis. Er informiert, dass der Gemeinderat am Vortag ein Kompromissangebot an das Initiativkomitee verabschiedet hat. Mit diesem Angebot stellt der Gemeinderat dem Initiativkomitee in Bezug auf die Planung im Bostudenzelg in Aussicht, den Anteil von gemeinnützigem Wohnen auf dem städtischen Land von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen. Der Gemeinderat wird dieser Antrag dem Stadtrat unterbreiten und bei einer Annahme des Kompromisses seitens Initiativkomitees loyal vertreten. Er will den Stadtrat darauf sensibilisieren. Im Gemeinderat wurde mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass sich verschiedenen Thuner Wohnbaugenossenschaften für ein Baurecht auf diesem Areal interessieren. Diese sind bestrebt, für die Planung eine gute Ausgangslage zu schaffen. Der Gemeinderat will diese Absicht würdigen. Er betont jedoch, dass sie aus rechtlichen Gründen in Bezug auf die Vergabe dieser Baurechte keine formellen Zusagen machen können. Weiter äussert er, dass sie mit diesem Angebot dem Initiativkomitee vorschlagen, die Bostudenzelg-Initiative zurückzuziehen. Das Angebot wurde bis kommenden Mittwoch befristet, weil man sonst über die Gültigkeit befinden muss. Er will hier über die Situation informieren, um Überraschungen zu vermeiden und im Hinblick, dass sich einige vielleicht bereits gewundert haben, warum der Entscheid noch nicht erfolgt ist. Der Gemeinderat hofft auf die Akzeptanz dieses Kompromissvorschlages. Dies würde die Planung im Bostudenzelg vereinfachen und beschleunigen.

Peter Aegerter (SVP) beantragt einen Sitzungsunterbruch. Er bittet die Fraktionspräsidien sich zusammen mit dem Stadtratspräsidenten und dem Stadtratssekretär draussen zu versammeln.

Der Rat nimmt einen Sitzungsunterbruch um fünf Minuten bis 17.30 Uhr grossmehrheitlich an.

Der Stadtratspräsident weist auf die Eingabe der Vorstösse hin.

102. Budget 2024 inkl. Aufgaben- und Finanzplan 2024-2027

Genehmigung

Gemeinderätin Andrea de Meuron freut sich, dem Stadtrat das Budget beantragen zu dürfen. Es ist nicht nur in Bezug auf das neue leserfreundlichere Layout, sondern auch in Bezug auf die Zahlen erfreulich. Es ist das erste Post-Corona-Budget und ausgeglichen. Sie will einzelne Punkte hervorheben, auch um zu sehen, warum es ein besseres Ergebnis gab. Erfreulicherweise ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Es werden 8.8 Mio. Franken mehr Steuereinnahmen budgetiert. Weiter führt eine Reduktion der Beiträge für die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt zu einem besseren Ergebnis. Im Vergleich zum letzten Budget schlägt sich hingegen der Zuwachs im Aufwand von den Lastenausgleichssystemen negativ zu Buche. Einen Mehraufwand gibt es im Bereich der Sachgruppen wie auch beim Personalaufwand. Sie geht auf den angesprochenen baulichen Unterhalt und auf die Investitionen ein. Bei einem Zehnjahresrückblick der letzten Rechnungsjahre wurden im Schnitt pro Jahr 18.6 Mio. Franken für den baulichen Unterhalt ausgegeben. Beim Budget 2024 sind es 24.6 Mio. Franken, die eingestellt sind. Das zeigt, dass im Schnitt der Budgetjahre im Vergleich zum Zehnjahresschnitt eine Erhöhung um 25 Prozent zu verzeichnen ist. Sie weist darauf hin, dass man stark dabei ist, den baulichen Unterhalt zu leisten. Dies dient dem Werterhalt der Liegenschaften sowie der energetischen Sanierung. Bei den Investitionen sieht es ähnlich aus. Der Durchschnitt der Nettoinvestitionen der letzten zehn Jahre liegt bei 13.8 Mio. Franken. Beim Budget 2024 sind es 24.1 Mio. Franken. Im Schnitt ist man im Vergleich zum Zehnjahresschnitt 70 Prozent höher. Sie betont, dass man viel vorhat, was ihrer Meinung nach auch erfreulich ist. Im Hinblick auf die Tischvorlage will sie den Budgetprozess vor Augen führen. Es ist eine Neulegislation, die möglicherweise nicht allen gleich vertraut ist. Das Budget ist ein Blick nach vorne. Was abgeschlossen wird, ist nochmals etwas anderes. Sie findet es gut, zu schauen, wie genau die Stadt Thun budgetiert. Bei Betrachtung der Jahre 2016, 2019 und 2020 kann festgestellt werden, dass eine sehr hohe Budgetgenauigkeit vorliegt. Im Vergleich zur Rechnung wird unter einem Prozent Differenz abgeschlossen. Sie weist darauf hin, dass es auch Jahr mit grösseren Abweichungen gibt. In den Jahren 2017 und 2018 lag die Abweichung bei rund fünf Prozent. Verständlich wird sein, dass es in den von Corona geprägte Budgetjahren 2021 und 2022 Abweichungen gab. Dies war auch beim Bund, dem Kanton und bei den verschiedenen Gemeinden der Fall. Der Blick zurück zeigt, dass mal zu wenig, mal genau und mal zu viel budgetiert wurde. Wesentlich ist für sie, dass bei der Budgetierung keine systematische Problematik festgestellt werden kann. Sie erinnert daran, dass ihr System auf einer rollenden Veranlagung basiert und der Steuerertrag somit von mehrjährigen Veranlagungen betroffen ist. Sie beantragen den Rat zur Genehmigung eines Budgets, das mit derselben Praxis erarbeitet wurde. Einzige kleine Veränderung in der Praxis gab es bei der aperiodischen Grundstückgewinnsteuer und den Sonderveranlagungen. Diese Budgetwerte wurden neu an die Rechnungswerte der vergangenen Jahre angepasst. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass sich die Praxis der Steuerprognose sehr bewährt hat und will daran festhalten. Aus ihrer Sicht sind die guten Ergebnisse auch dem Thuner Erfolgsmodell und der sehr guten Vorarbeit der Verwaltung, unter dem Lead der Finanzverwaltung, geschuldet. Weiter betont sie die sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinderat und dem Stadtrat, welche viel Vertrauen beinhaltet. Dies führt dazu, dass man bewährt, stabil und verlässlich unterwegs ist. Mit Blick auf andere Städte darf diesem Aspekt Wertschätzung entgegengebracht und sollte dazu Sorge getragen werden. Sie möchte auf die vorliegende Tischvorlage von Stadtrat Marc Fritschi eingehen. Trotz nicht fristgerechter Einreichung konnte diese im Gemeinderat kurz diskutiert werden. Der Antrag verlangt eine Reduktion von der Steueranlage von aktuell 1.72 auf 1.60. Dies entspricht 8.54 Mio. Franken. Beim Eventualantrag geht es darum, die Liegenschaftssteuer von 1.2 auf 0.5 Promille des amtlichen Werts zu

reduzieren. Dies entspricht 7.2 Mio. Franken. Sie erinnert daran, dass die Liegenschaftssteuer alle betrifft, die in der Stadt Thun Grundstück haben. Bei den Betroffenen handelt es sich bei 20 Prozent um Auswärtige. Es sind vor allem institutionelle Anlegerinnen und Anleger, die davon profitieren könnten. Diese profitieren gleichzeitig von den Dienstleistungen der Stadt Thun, zu deren Steuereinnahmen sie keinen Beitrag leisten. Sie zeigt auf, was bei einer Annahme des Antrags geschehen würde. Eine Veränderung der Steueranlage bedingt eine Volksabstimmung. Dies wird auch so geplant. Eine Einigkeit mit Stadtrat Marc Fritschi besteht darin, die Steueranlage zu senken. Nicht aber darin, wann der Zeitpunkt für eine Senkung ist und wie diese umgesetzt werden soll. Der Gemeinderat plant die Senkung in einem strukturierten Prozess auf das Budget 2025 hin. Dazu wollen sie Kenntnis haben, wie mit dem Budget 2023 abgeschlossen wird. Sie ist gespannt zu hören, wie der Antragssteller mit dieser Einnahmereduktion von 8 Mio. Franken umgehen will. Sie fragt, ob man ein Defizit oder einen entsprechenden Aufgabenverzicht in gewissen Bereichen wolle. In welchen das wäre, ist für sie fraglich. Sie weist darauf hin, dass die Volksabstimmung frühestens am 3. März möglich sein würde, im weniger günstigeren Fall erst im Juni. Bis dahin dürfte man nur noch gebunden Ausgaben leisten. Zur Erklärung, was das sind, zeigt sie auf, was keine gebundenen Ausgaben sind. Dazu nennt sie Skilager. Die würden nicht mehr stattfinden. Auch das Bauen würde nicht mehr stattfinden, bis klar ist, was das Budget ist. Aufgrund der Ausführungen wird klar, was der Gemeinderat beschlossen hat. Sie nimmt vorweg, dass sie in ihren fünf Jahren als Finanzvorsteherin feststellen durfte, dass die Aufgaben eher wachsen und man gleichwohl in der Lage war, einen stabilen Finanzhaushalt herbeizuführen. Dieser gesunde Finanzhaushalt erlaubt es, die Steuersenkung vorzunehmen. Sie wiederholt, dass sie strukturiert vorgehen wollen. Der Budgetprozess wurde bereits so angepasst, dass die Volksabstimmung wie von ihnen vorgesehen stattfinden kann. Sie möchte die Finanzverwaltung an dem bereits aufgleisten arbeiten lassen. Der Gemeinderat will an dieser Praxis festhalten und empfiehlt die Anträge zur Ablehnung.

Martin Allemann, **Präsident BRK**, äussert, dass den Protokollen der SAKO-Sitzungen eine intensive Auseinandersetzung mit dem Buch entnommen und alle Fragen beantwortet werden konnten. Die BRK hat das ausgeglichene Budget erfreut zur Kenntnis genommen. In der BRK wurde der Wunsch geäussert, dass in Budgets und Rechnungen vermehrt Benchmarks mit anderen Gemeinden aufgenommen werden. So würde man Vergleichszahlen erhalten, die zeigen, wie man gegenüber anderen Gemeinden dastehe. Auf Rückfrage haben sie zur Antwort erhalten, dass dies kein einfaches Unterfangen ist. Es muss geschaut werden, wie der Aufwand und der Ertrag dieser Zahlen sind. Ein Vergleichen der Zahlen der verschiedenen Gemeinden ist problematisch, da alle Rechnungslegungen leicht unterschiedlich sind, trotz harmonisiertem Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM 2). Die Stadt hat bestätigt, dass sie es dort, wo es im Verhältnis zum Aufwand machbar ist, anstreben werden. Die BRK dankt der Verwaltung für die bessere Lesbarkeit des Aufgaben- und Finanzplans. Er erlaubt sich, auch im Namen vom Stadtrat für die gute Präsentation des Budget- und Finanzplans zu danken. Die BRK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, alle auf S.19 aufgeführten Punkte anzunehmen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, äussert, dass die Fraktion dem Budget einstimmig zustimmt. Sie hoffen, dass alle geplanten Investitionen getätigt werden können und die Einnahmen nicht einbrechen werden. Er hat Bemerkungen zum Aufgaben- und Finanzplan. Gemäss S. 100 wird mit grösseren Steuereinnahmen gerechnet, obwohl auf 2025 hin eine Steuersenkung geplant ist. Aus ihrer Sicht wird bei den Steuereinnahmen 2024 und 2025 aufgrund der negativen Konjunkturaussichten etwas zu optimistisch budgetiert. Sie bezweifeln, dass im 2025 die budgetierten Zahlen erreicht werden können. Sie gehen davon aus, dass eine Rezession herrschen wird und bittet den Gemeinderat, dies bei seinen Überlegungen zu berücksichtigen. Die öffentliche Hand muss, wenn nötig, in der Lage sein, azyklisch Investitionen zu tätigen und die Wirtschaft stützen zu können. Die Fraktion ist gegen eine Steuersenkung.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, ist mit dem präsentierten Budget zufrieden. Er äussert, dass man musikalisch betrachtet von einem C-Dur Budget sprechen würde. Es klingt hell, fröhlich und optimistisch. Die sehr benutzerfreundlich dargestellten Kennzahlen sehen sehr gut aus. Besonders erfreut sind sie darüber, dass der Selbstfinanzierungsgrad von 90,96 bei einem Zielwert von 80 ebenfalls positiv ist. Er

betont, dass dies ausserordentlich ist. Weiter hält er fest, dass auch die anderen finanzpolitischen Richtwerte positiv stimmen. Ein guter musikalischer Höhepunkt kann beim Zuhörer Gänsehaut und Begeisterung hervorrufen. Sie gehen davon aus, dass sie im nächsten oder übernächsten Jahr in genau diesen Zustand versetzt werden, wenn der Gemeinderat die angekündigte Steuersenkung aufgrund der guten Ausgangslage realisieren wird. Negativ aufgefallen sind ihnen die 490 neu geschaffenen Stellenprozent. Sie fordern den Gemeinderat auf, diesbezüglich zukünftig zurückhalten zu wirken. Dazu zitiert er das Parkinson'sche Gesetz "Arbeit dehnt sich in genau dem Masse aus, wie Zeit zur Verfügung steht". Er weiss, dass diesbezüglich auch der Stadtrat bei der Lancierung von neuen Projekten und Vorstössen zur Zurückhaltung aufgefordert ist. Die Fraktion wird den Stadtratsbeschluss einstimmig unterstützen.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, äussert, dass sie das ausgeglichene Budget mit Freude zur Kenntnis genommen. Er betont, dass das Layout sensationell ist und mit gewissen Vergleichszahlen zu einer besseren Lesbarkeit und zu einem besseren Verständnis beigetragen hat. Er wiederholt, dass sie gerne etwas mehr Vergleichszahlen hätten. Mit einer Art Benchmark könnte noch besser beurteilt werden, wie es um die Finanzstadt Thun steht. Dies trotz bereits erfolgtem Lob in der Presse im Vergleich zu anderen grösseren Gemeinden. Im Hinblick auf die diskutierte Steuersenkung gehen sie davon aus, dass die Einnahmen und Ausgaben realistisch und ohne Vorsichtsreserven berechnet wurden. Er weist auf die vom Vorredner erwähnte Schaffung von mehr Stellenprozent hin und äussert, dass sie dem Gemeinderat vertrauen, dass er diese auf ein Minimum beschränkt und die Verwaltung nur wo nötig vergrössert. Er bekundet, dass die Stadt Thun mit diesem ausgeglichenen Budget auf einem finanziell guten Weg bleibt. Sie gehen davon aus, dass der Gemeinderat im kommenden Jahr die notwendigen Schritte unternimmt, um die Steuersenkung im Finanzjahr 2025 realisieren zu können. Die Fraktion wird das Budget einstimmig annehmen.

Susanne Gygax-Wymann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, bedankt sich für die übersichtliche Darstellung. Die Kennwerte sind überschaubar ausgewiesen und legen erfreulicherweise ein ausgeglichenes Budget dar. Sie weist darauf hin, dass die Personalbedarfsplanung noch immer ein Mango an Fachpersonal ausweist. Sie hält aber fest, dass sich dieses im Vergleich zum letzten Budget in Grenzen hält und eher klein ist. Die Fraktion wünscht sich, dass die Stadt Thun als gute Arbeitgeberin wahrgenommen wird und ausgewiesenes Fachpersonal rekrutiert werden kann. Sie wiederholt, dass der veranschlagte höhere Steuerertrag zu Euphorie und Höhenflügen verleitet. Sie weist auf die erfreuliche Tatsache hin, dass sich die Steuererträge über die letzten zehn Jahre kontinuierlich erhöht haben und man im kantonalen Städteranking positiv dastehe. Nicht zu vergessen gilt, dass diesem höheren Steuerertrag über mehrere Jahre enorm hohe Bauausgaben entgegenstehen. Sie plädiert dafür, dass eine allfällige Steuersenkung äusserst sorgfältig evaluiert werden muss. Dies trotz steigender Konsumentenpreise und dem Wunsch, die Thuner Stadtbevölkerung entlasten zu können. Sie findet, dass sich die Zusammenarbeit mit der Firma BDO AG Burgdorf betreffend externe Revision der Jahresrechnung bewährt hat und auch fürs 2024 weitergeführt werden soll. Die Fraktion stimmt dem Budget zu und nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, äussert, dass es auch primär inhaltlich ein erfreulicher Bericht ist und wiederholt, dass sich die Darstellung und die Lesbarkeit deutlich verbessert haben. Mit der erreichten schwarzen Null wird eine jahrzehntelange Tradition fortgeführt. Dies mit den genannten Ausnahmen der Coronajahre. Er ist überzeugt, dass die schwarze Null auch in den nächsten Jahren so fortgeschrieben wird. Möglich ist dies durch eine äusserst vorsichtige Budgetierung und eine langfristig überlegte und durchdachte Finanzpolitik. Diese ermöglicht auch die Erfüllung der Gemeindeaufgaben in einem vernünftigen Zeitintervall. Unaufgeregtheit und Solidität sind die Erfolgsfaktoren, welche die grüne Finanzdirektorin gekonnt übernommen, weitergeführt und weiterentwickelt hat. Er äussert, dass die Stadt Thun jüngst in den Medien für ihre Finanzpolitik gelobt wurde. Dieser Erfolg basiert auf dieser langfristig ausgerichteten Finanzpolitik und dem über Jahre wachsenden Steuerertrag, wie auch der kontrollierten Ausgabenpolitik. Er betont, dass die gute Ertragslage auch mit dem hohen Steuerfuss zu tun hat. Die hohen Steuereinnahmen basieren auf dem überdurchschnittlich hohen Steuerfuss. Dies hat es ermöglicht, Rechnungen positiv abzuschliessen. Bezüglich Zahlungen in die Lastenausgleichssysteme steht man bedeutend besser da als früher. Teilweise ist man sogar deutlich unter 50 Prozent und er weiss rückblickend, dass der

ehemalige Stadtpräsident Hansueli von Allmen nur davon träumen konnte. Die Steuersenkung rückt in greifbare Nähe, sinnvollerweise erfolgt sie im Jahr 2025. Er betont, dass dieser Schritt gut geplant werden muss. Die Ampeln müssen in den wesentlichen Bereichen auf grün stehen. Damit meint er auch eine langfristig gesicherte Selbstfinanzierung. Sie sind überzeugt, dass die Finanzdirektorin und der Gemeinderat diese Aufgabe in einer umsichtigen Art angehen und einen Vorschlag unterbreiten werden, der eine Steuerentlastung bietet. Dies bei gleichzeitiger Gewährleistung der Aufgabenerfüllung aus eigenen Mitteln. Er warnt vor einem frühzeitigen Aktivismus. Sie unterstützten alle vom Gemeinderat gestellten Budgetanträge und nehmen den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis. Er weist darauf hin, dass keine Beträge für Mehrkosten bei der Eissportanlage Grabengut und schon gar nicht Kosten für ein Hallenbad, eine Kombianlage oder einen Hübelitunnel eingestellt wurden. Jene, die solche Projekte lieber heute als morgen realisieren wollen, müssen seiner Meinung nach überlegen, ob sie wirklich eine Steuersenkung verlangen wollen. Er äussert ironisch, dass man sich auch vornehmen kann, eine neue Spezialfinanzierung für den Hübelitunnel zu kreieren. Anstelle einer Steuersenkung würde man jährlich drei bis vier Mio. Franken in einen Topf geben, um dann in zwanzig Jahren für den Beginn genug zusammen zu haben. Er betont, dass dies mit einer nachhaltigen Finanzpolitik nichts zu tun hat. Sie lehnen die Tischvorlagen klar ab.

Marc Fritschi (Parteilos) sieht in der vorgegebenen Struktur der Debatte eine Methode, einen Antrag zu bekämpfen, ohne ihn gehört oder begriffen zu haben. Dies, obwohl zwei Gemeinderäte und ein Franktionssprecher früher Richter waren und wissen sollten, dass vor einer Entscheidung beide Seiten anzuhören sind. Das soll im Stadtrat offenbar nicht gelten. Wie die Pharisäer haben sie sich ihre Meinung schon gemacht. Wenn wir schon bei der Bibel sind: Jesus sagte «gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist». Im übertragenen Sinne heisst das für ihn: zahlt Steuern, aber nur, das was nötig ist. Er weist auf die erfreuliche Finanzlage der Stadt Thun hin. Die Ausgaben hat man im Griff und die Einnahmen sprudeln. Er betont, dass eine Steuersenkung überfällig ist. Das Postulat zur Steuersenkung wurde bereits im Juni überwiesen. Der Gemeinderat äussert das Ziel, die Steuern senken zu wollen. Für ihn handelt es sich dabei um leere Versprechen. Es scheint, man warte noch, ob es nicht doch noch eine Gelegenheit gibt, um das Geld auszugeben. Er weiss, dass das Budgetieren eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Er ist dankbar, dass die Verwaltung dies vorbereitet und der Gemeinderat es präsentiert. Dennoch hinterfragt er kritisch, ob der Stadtrat wirklich alles einfach durchwinken soll. Er findet es gut und richtig, dass der Gemeinderat und die Verwaltung gut budgetieren wollen, fragt sich aber, was denn gut budgetieren heisst. Am Schluss will man sagen können, man habe besser als budgetiert abgeschlossen. Er weiss, dass die Jahresrechnungen bei den meisten Gemeinden besser als budgetiert abschliessen. Die Stadt Thun hat mit Selbstlob Überschuss gemacht und nun ein Eigenkapital von 115 Mio. Franken. Er betont, dass dieser Betrag mehr ausmacht, als die gesamten jährlichen Steuereinnahmen der natürlichen Personen zusammen. Würden allen Privatpersonen der Stadt Thun ein Jahr keine Steuern bezahlen, so hätte die Stadt immer noch Geld. Einig geht er mit den Ausgaben und den geplanten kleinen Reserven für Unvorhergesehenes. Auch findet er die Budgetgenauigkeit von einem Prozent gut. Ungenau, d.h. viel zu tief, sind im Budget die Steuereinnahmen eingetragen. Für das Jahr 2023 wurden 8 Mio. Franken weniger budgetiert, als im Vorjahr eingenommen wurden. Die 8.8 Mio. Franken, die im 2024 mehr budgetiert wurden, sind für ihn einzig eine Korrektur für das im 2023 zu wenig Budgetierte. Im Durchschnitt hat die Stadt Thun pro Jahr 1 Mio. Franken Steuer mehr eingenommen, als budgetiert. Dies ergibt über zehn Jahre 10 Mio. Franken. Er weist darauf hin, dass dies in einer Zeit geschah, in der keine wesentliche Inflation und keine kalte Progression herrschten. Jetzt befindet man sich in einer Teuerungsphase. In seiner zehnjährigen Tätigkeit bei der Steuerverwaltung hat er mitunter die Steuerprognosen den Gemeinden mitgeteilt und sich mit der Thematik befasst. Bei einem Prozent Inflation gibt es aufgrund der kalten Progression 1.5 Prozent mehr Steuereinnahmen. Die kalte Progression seit 2011 wird aufs nächste Jahr für eine Teuerung von drei Prozent ausgeglichen. Die Teuerung ist jedoch weitergelaufen. Es bestehen nochmals um die 2.5 Prozent mehr Teuerung, was nochmals vier Prozent mehr Steuereinnahmen ausmacht. Er weiss, dass allein wegen der kalten Progression um die 4 Mio. Franken einfach kommen werden. Bei einer Realloohnerhöhung käme noch die warme Progression dazu. Er spricht der Finanzverwaltung ein Kompliment dazu aus, dass bei den aperiodischen Steuern aufgrund der früheren Werten budgetiert wurde. Jetzt ist man bei zirka 90 Prozent vom effektiven Ertrag. Er weist darauf hin, dass es auch da wiederum eine Mio. Franken geben wird, die bei den Jahressteuern und

Grundstückgewinnsteuern mehr eingenommen werden, als budgetiert. Steuereinnahmen werden in bestimmten Fällen unter den Gemeinden geteilt, zum Beispiel wenn jemand in Thun wohnt und in Oberhofen eine Praxis hat - die Oberhofener bei einer Veranlagung mit der Steuerteilung einen Teil für das geschäftliche Ergebnis erhalten. Thun hat auch hier über Jahre gegen die drei Mio. Franken vorwärts gemacht. Er fasst zusammen, dass Geld da ist, das nicht budgetiert wird. Auch wenn mehr budgetiert wird, als für das laufende Jahr 2023, ist man effektiv auf dem Stand von 2022. Es sind Millionen, die aufgrund der kalten Progression reinkommen werden. Weiter kommen nicht budgetierte Millionen aufgrund der Steuerteilungen und solche von den aperiodischen Steuern. Er weist darauf hin, dass die 8.8 Mio. Franken nicht gespart, sondern lediglich ausgewiesen werden müssen, weil sie garantiert reinkommen werden. Seiner Meinung nach muss das Budget genauer betrachtet werden. Er rechtfertigt die Überlegung nach einer Steuersenkung in Anbetracht der zu wenig budgetierten Steuereinnahmen. Er ist erstaunt, dass die SVP-Fraktion das Budget als erfreulich betrachtet, auch wenn die von ihnen geforderte Steuersenkung nicht aufgeführt ist. Er weist darauf hin, dass es Gelder von allen Steuerzahlern sind, die gehortet werden. Zum Zeitplan äussert er, dass nirgends steht, dass eine von der Gemeinde lacierte Volksabstimmung nur im Rahmen einer eidgenössischen Volksabstimmung möglich ist. Will man übers Budget abstimmen, so kann dies seiner Meinung nach bereits Ende Januar erfolgen. Für ihn ist der vom Gemeinderat vorgegebene Takt beim Budget kein Wiener Walzer, sondern eher ein Getrampel. Er findet, man hätte längst dieses Jahr eine Abstimmung ansetzen können, um mit dem Budgetprozess zügig voranzuschreiten. Über die Steuersenkung ist man sich einig. Die seiner Meinung nach vom Gemeinderat praktizierte Verzögerungspolitik ist für ihn unverständlich. Er schlussfolgert, dass mit der beantragten Steuersenkung die budgetierten Steuereinnahmen erzielt werden.

Peter Aegerter (SVP) erklärt, dass mit dem von ihm verlangten Sitzungsunterbruch innerhalb der Fraktionspräsidien eine gemeinsame Haltung zur beantragten Steuersenkung entwickelt werden konnte. Er hat sich gefragt, wie die Summe des Ausfalls aussehen würde, und dankt für die inzwischen erfolgte Antwort, dass es sich dabei um einen Betrag zwischen 7.2 oder 8.54 Mio. Franken handelt. Im Namen aller Fraktions-Präsidien äussert er, dass sie den Antrag als finanziellen Blindflug und unvorbereitetes Politmarketing betrachten. Er hätte erwartet, dass man bei einem ernsthaften Antrag auf eine kurzfristige Steuersenkung im Minimum versucht hätte, Allianzen zu schmieden. Der Gemeinderat ist aus Sicht der Fraktions-Präsidien auf einem guten Weg. Es wurde als Legislaturziel festgelegt, dass man ab dem 1. Januar 2025 eine Steuersenkung will, was er als klares Statement seitens Gemeinderats erachtet. Darüber kann das Volk zeitgerecht und mit den entsprechenden Vorbereitungen abstimmen. Geht man von dem ordentlichen Abstimmungstermin im März aus, so hat die Stadt Thun bis dahin oder gar bis im Juni kein Budget vorliegen. Dies ist für ihn in Anbetracht der anstehenden Investitionen in Unterhalt und Neubauten ein No-Go. Es ist bekannt, dass man ein jahrelang angehäufter Investitionsstau am abbauen ist. Er stellt erstaunt fest, dass die Teuerung nur auf der Einnahme- und nicht auf der Ausgabeseite stattfindet. Will man fürs Budget der Stadt Thun eine separate Abstimmung einführen, so gibt man ein Teil des Eingesparten unnötig wieder aus. Im Namen sämtlicher Fraktionen empfiehlt er den Antrag von Stadtrat Marc Fritschi zur Ablehnung.

Marc Fritschi (Parteilos) erklärt, dass man bei einer kalten Progression bei einem Mehrverdienst von 10 Prozent 15 oder 18 Prozent mehr Steuern bezahlen muss. Das heisst, dass bei einer Teuerung der Ausgaben, die Einnahmen aufgrund dieser Differenz so zunehmen, dass es überschüssiges Geld gibt. Er findet es nicht demokratisch, wenn ein paar zehntausend Franken für eine Volksabstimmung als zu teuer erachtet werden.

Der Stadtratspräsident kommt zur Detailberatung des Budgets zu folgenden Seiten, wobei keine Bemerkungen mehr angebracht werden.

- S. 6 bis 19 Budgetbericht
- S. 21 bis 34 PG Direktion P+StE
- S. 35 bis 53 PG Direktion B+L
- S. 55 bis 72 PG Direktion BiSK
- S. 73 bis 92 PG Direktion Si+So

S. 93 bis 115 PG Direktion FiRU

Der Stadtratspräsident erklärt die Beratung des Budgets als abgeschlossen.

Zum Aufgaben- und Finanzplan gibt es aus der Ratsmitte keine weiteren Bemerkungen oder Ergänzungen.

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt für die gute Aufnahme und wertet dies als Zeichen des grossen Vertrauens. Das aufgeworfene Bild von Musik gefiel ihr. Sie hat festgestellt, dass der Musikgeschmack nicht überall gleich ist und das Ergebnis eines Orchesters durch einzelne Instrumente etwas anders klingen kann. Sie betont, dass sie bei der Stellenschaffung genau hinschauen und dies als Führungsaufgabe wahrnehmen. Sie weist darauf hin, dass die Ausgaben den Aufgaben folgen. Man kann sich nicht mehr Aufgaben vornehmen und davon ausgehen, dass sich diese von allein erledigen. Sie bestätigt, dass streng überprüft wird, wie etwas organisiert werden kann und ob es Aufgaben gibt, die es nicht mehr braucht oder die man extern geben kann. Dementsprechend werden die Anträge auf Stellenanschaffung gestellt, kritisch beurteilt und entsprechend beschlossen. Sie setzen das Verhältnis vom Personalaufwand immer ins Verhältnis zum Gesamtertrag. Auf S. 14 ist ersichtlich, dass dies konstant gut aussieht. In Bezug auf das Votum von Stadtrat Marc Fritschi betont sie, dass der Gemeinderat gegenüber der Steueranlagensenkung eine klare Haltung vertritt und kein leeres Versprechen macht. Dies wurde in den Legislaturzielen und zu Vorstössen festgehalten. Sie haben ihren Plan dargelegt. Das Budget erfolgt nicht in Pfscharbeit. Es wird geschaut und festgelegt, dass man mit dieser Steueranlage genügend Einnahmen hat, um die entsprechenden Aufgaben stemmen zu können. Sie hat viel von den Einnahmen, nicht aber von den Ausgaben gehört. Für die überdurchschnittlichen Investitionen und baulichen Unterhaltsarbeiten braucht man Geld. Sie wiederholt, dass man jetzt an einem Punkt ist, an dem eine Steuersenkung möglich ist und dennoch der Standard beibehalten werden kann. Im Rahmen vom Rechnungsabschluss 2023 wird über die Höhe der Steuersenkung diskutiert. Sie wollen keinesfalls eine Senkung, die später wieder erhöht werden muss. Sie bedankt sich für das Vertrauen und hofft auf eine gute Zustimmung zu ihrer Vorlage.

Der Rat lehnt den Antrag der Stadträte Marc Fritschi (Parteilos), Sandro Badertscher (Parteilos) und Matthias Zellweger (Parteilos) zur Festlegung der Gemeindesteuern 2024 auf das 1.6-fache der einfachen Kantonssteuer mit 34 : 3 Stimmen ab.

Der Rat lehnt den Eventualantrag der Stadträte Marc Fritschi (Parteilos), Sandro Badertscher (Parteilos) und Matthias Zellweger (Parteilos), die Liegenschaftssteuer sei auf 0.5 Promille des amtlichen Werts zu erheben, mit 33 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Der Rat genehmigt mit 34 : 3 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstaben a und b und Artikel 44 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. September 2023, beschliesst:

1. Im Jahr 2024 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
 - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.

2. Genehmigung Budget 2024 bestehend aus:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 300'452'700	300'957'100
Ertragsüberschuss	CHF 504'400	
Allgemeiner Haushalt	CHF 280'366'500	280'366'500

Ergebnis	CHF		0
Spezialfinanzierung Abwasser	CHF	7'621'000	7'895'600
Ertragsüberschuss	CHF	274'600	
Spezialfinanzierung Abfall	CHF	6'516'600	6'782'200
Ertragsüberschuss	CHF	265'600	
Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF	3'342'400	3'367'000
Ertragsüberschuss	CHF	24'600	
Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF	2'376'600	2'545'800
Ertragsüberschuss	CHF	169'200	
Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	CHF	229'600	0
Aufwandüberschuss	CHF		229'600

3. Der Aufgaben- und Finanzplan 2024 bis 2027 wird zur Kenntnis genommen.
4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Der Stadtratspräsident dankt dem Gemeinderat sowie der Verwaltung, allen voran Finanzverwalter Stefan Christen und seinem Team, für die gute Arbeit, die hinter den Unterlagen steht.

Der Rat applaudiert.

103. Finanzreglement (FiR; SSG 620.0) und Personalreglement (PR; SSG 153.01) sowie weitere Reglemente. Teilrevision 2023

Verwaltungsunabhängige Revisionsstelle und Meldestelle Misstände (Aufhebung Interne Revision) sowie Aufhebung Spezialfinanzierung Bonus Malus Produktgruppen

Gemeinderätin Andrea de Meuron äussert, dass die Teilrevision ein Folge von verschiedenen Beschlüssen ist. Die zuständigen Kommissionen und die BRK wurden miteinbezogen. Sie ist froh um den von der SAKO FiRU gestellten Antrag, der zeigt, wie aufmerksam mit den Unterlagen umgegangen wird.

Alois Studerus, **SAKO FiRU**, bekundet, dass die Aufhebung der internen Revision in der SAKO und der BRK bereits früher ein Thema war. Jetzt geht es um die Anpassung der Reglemente. Nebst der Aufhebung der internen Revision hat auch die ersatzlose Aufhebung von der Spezialfinanzierung Bonus/Malus System Produktgruppen eine Anpassung des Finanz- und Personalreglements zur Folge. Dies führt bei dem Reglement der Kadettenkorps zu der Anpassung, dass die Rechnung neu selbständig von einer externen Revision geprüft werden muss. Weiter führt es zu einer Anpassung im Reglement über den Arbeitslosen-Sozialfonds. Die Rechnungsprüfung fällt neu in den internen Prozess von der Revision der Jahresrechnung. Er weist darauf hin, dass durch die Aufhebung der internen Revision Aufgaben wegfallen werden. Einige Aufgaben werden der Firma BDO AG übertragen. Im Finanzreglement wird der Artikel 7 ersatzlos aufgehoben. Auch werden bei Artikel 18 Absatz 3 und 4 aufgehoben. Im Personalreglement wird der Artikel 24 neu in Artikel 24 Beschwerderecht und Artikel 24 a) Melderecht aufgeteilt. Als Tischvorlage liegt die Änderung zur Begrifflichkeit Datenschutzaufsichtsstelle vor. Diese Anpassung wurde in der SAKO geprüft und erweist sich als die korrekte Formulierung. Mit der Abschaffung der internen Revision wird nun die Führungsunterstützung in der Finanzverwaltung gestärkt. Dazu nennt er das Qualitäts- und Riskmanagement wie auch das Beteiligungscontrolling. Was die externe Revision betrifft, wird neu an die BDO beauftragt. Deshalb hat die SAKO bei sechs Anwesende den teilrevidierten Reglementen einstimmig zugestimmt. Bei

dem Reglement Arbeitslosen-Spezialfonds gab es eine Enthaltung. Die SAKO wird der Reglements-Änderung durch die Aufhebung der internen Revision zustimmen.

Der Rat genehmigt einstimmig (mit 37 : 0 Stimmen) folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2023 beschliesst:

1. Genehmigung der Teilrevision des Finanzreglements und Inkraftsetzung per 1. Januar 2024.
2. Genehmigung der Teilrevision des Personalreglements und Inkraftsetzung per 1. Januar 2024.
3. Genehmigung der Teilrevision des Reglements über das Kadettenkorps Thun und Inkraftsetzung per 1. Januar 2024.
4. Genehmigung der Teilrevision des Reglements über den Arbeitslosen-Sozialfonds der Stadt Thun und Inkraftsetzung per 1. Januar 2024.
5. Ziffer 1 bis 4 unterstehen dem fakultativen Referendum.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

104. Vergabe Mandat Externe Revision Jahresrechnung 2024

Verlängerung des Mandats 2020-2023 um ein Jahr an die Firma BDO AG, Burgdorf

Alois Studerus, **SAKO FIRU**, äussert, dass man auch diesen Stadtratsbeschluss einstimmig zur Annahme empfiehlt. Es geht darum, dass die BDO AG für ein weiteres Jahr verpflichtet wird. Die zusätzlichen Kosten betragen 51'500 Franken. Im nächsten Jahr findet das Evaluationsverfahren für die Jahre 2025 bis 2028 statt. Es wird dasselbe Verfahren wie 2020 angewendet.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera d Stadtverfassung sowie Art. 18 Absatz 1 Finanzreglement und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2023, beschliesst:

1. Verwaltungsunabhängige Revisionsstelle: Die Firma BDO AG, Burgdorf, wird als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2024 beauftragt gemäss Offerte zum Preis von 51'500 Franken.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

105. Einführung von Tempo 30 auf der Schulstrasse

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 234'000 Franken für die Projektierung und Realisierung

Gemeinderat Reto Schertenleib erinnert daran, dass im vergangenen Jahr von den Anwohnern dieser Schulstrasse eine Petition mit 1'200 Unterschriften eingereicht wurde, mit dem Wunsch nach der Einführung von Tempo 30 auf dieser Schulstrasse. Weiter wurde im Rat das Postulat betreffend Konzept Tempo 30 im Siedlungsgebiet für erheblich erklärt. In Anbetracht dessen, aber auch hinsichtlich der geplanten Erarbeitung der Betriebs- und Gestaltungskonzepte (BGK) Quartier, hat der Gemeinderat entschieden, die Temporeduktion in Form eines Pilotprojekts zu prüfen. Mit dem Versuch wollen sie Erkenntnisse gewinnen, die man später in die BGK einfliessen lassen kann. Man will einer allfälligen späteren Umgestaltung der Schulstrasse nicht vorgreifen. Deshalb beschränken sich die Massnahmen in diesem Pilotprojekt auf

Signalisation- und Markierungsarbeiten. Es geht nicht um bauliche Anpassungen. Er zeigt auf, warum es für sie interessant ist, dies hier als vorgezogenen Massnahme für das BGK zu testen. Die Schulstrasse hat über die ganze Länge gesehen vier Charaktereigenschaften. Von Westen gesehen ist es eine typische Siedlungsorientierung, ein ruhiger Wohnungsabschnitt und eine schmale Strasse mit nur einseitig geführtem Trottoir. Weiter geht es in den Schulbereich über, mit zwei Schulhäusern. In diesem Abschnitt ist die Schulverkehrssicherheit ein grosses Thema. Es folgt die beidseitige Einkaufspassage mit Überquerungsverkehr für Passantinnen und Passanten. Weiter kommen der Kreisel sowie die Unterführung mit Anschluss an die Gwatt Strasse Richtung Holiday Kreisel. In diesem Bereich kommt eine weitere Eigenschaft zum Tragen. Dieser Abschnitt dient mehrheitlich der Verkehrsorientierung. Er gibt zu, dass dieser Abschnitt für die Einführung einer Tempo 30 Zone der umstrittenste Bereich ist und auch von ihm kritisch hinterfragt wurde. Die Thematik dort ist eher die Lärm- und nicht die Verkehrssituation. Er bestätigt, dass man Lärm durchaus auch anders als nur mit einer Temporeduktion beheben kann. Von seinen Fachleuten hat er sich belehren lassen, dass es im Rahmen dieses Versuchs durchaus Sinn mache, eine Lärmreduktion mit einer Temporeduktion zu erreichen versuchen. Alle anderen Massnahmen, wie eine Belagssanierung, wären bauliche Massnahmen. Er zeigt sich gespannt auf die Diskussion und dankt für die hoffentlich gute Aufnahme.

Philipp Deriaz, **SAKO B+L**, äussert, dass die Ausführungen vom Gemeinderat Reto Schertenleib nur wenige Fragen aufgeworfen haben. Als kritischen Punkt sehen sie, dass isch ausgebremste Autofahrer andere Wege suchen. Sie fragen sich, was mit den Autofahrern passiert. Ihm nach könnte folglich ein Ausweichverkehr in die Quartiere entstehen. Dies sollte berücksichtigt und allenfalls nötige Massnahmen ergriffen werden. Insgesamt wurde das Geschäft grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung angenommen. Die SAKO empfiehlt, dem Gemeinderat Folge zu leisten.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass er selbst in der Nähe wohnhaft ist und seine Kinder dort zur Schule gehen. Er bestätigt die engen Platzverhältnisse und weiss, dass der Verkehr nahe an dem Trottoir ist. Dies war auch gut spürbar, als man mit Kinderwagen unterwegs war. Er ist der Meinung, dass man über 24 Stunden gesehen, in 80 Prozent problemlos mit Tempo 50 unterwegs sein kann. Zu gewissen Zeiten herrscht ein sehr grosses Verkehrsaufkommen. Der Bus hält auf dieser Strasse dreimal täglich, was den Verkehr bereits verlangsamt, da man sich dahinter mit Tempo 10 einreihet. Viel Betrieb herrscht zu den Zeiten von Schulfanfang, Schulende, Arbeitsbeginn und Arbeitsende. Er findet, dass das grosse Treiben zu Stosszeiten den Autofahrer automatisch zu einer Temporeduktion zwingt. Sie wollen vermeiden, dass auch für andere Standorte ein Präjudiz geschaffen wird. Sie finden die aktuelle Situation in Thun gut. In den Quartieren gilt Tempo 30, auf den Verbindungsstrassen Tempo 50 und ausserorts Tempo 80. Er macht ein Hinweis auf Winterthur, wo ab und an noch Tempo 40 gilt, was ihm nach zu völliger Verwirrung führt. Er betont, dass sie die Zone vom Schulhaus nicht negieren wollen. Die Problematik dort besteht. Sie sind der Meinung, dass man dort eine Schulzone mit Tempo 30 einführen kann. Es könnte zuerst Tempo 50, dann Tempo 30 und wieder Tempo 50 sein. Weiter sehen sie eine visuelle Darstellung oder eine bauliche Massnahme in dieser Zone. Sie sehen es nicht, die ganze Strasse auf Tempo 30 zu setzen. Er wiederholt, dass man, wenn man einmal beginnt, überall fortfahren kann oder muss, sei es bei der Seestrasse mit dem Gymnasium oder weiteren. Die Fraktion lehnt den Antrag vom Gemeinderat einstimmig ab.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, weist darauf hin, dass der Handlungsbedarf auf dieser Quartiersstrasse unbestritten ist. Sie schätzen die vorgeschlagenen Massnahmen als zielführend ein. Die Kosten liegen in einem vernünftigen Rahmen. Besonders erfreut sind sie darüber, dass sich die Anwohner mit der Petition einbringen konnten, ein Resultat erfolgte und nun eine rasche Umsetzung angestrebt wird. Sie wünschen sich, dass das Geschäft als positives Beispiel genutzt wird. Einerseits mit der klaren Präsentation des Geschäfts im Stadtrat, andererseits mit der Hoffnung, dass bald weitere Projekte mit der Einführung von Tempo 30 in der Stadt folgen. Die Fraktion wird den Antrag einstimmig annehmen.

Simon Werren, **Fraktion FDP/Die Mitte**, führt aus, dass auf der Schulstrasse viele Personen unterwegs sind und verschiedenste Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer aufeinandertreffen. Man sollte das

grösstmögliche Potenzial aus dieser Strassenfläche herausholen. Deshalb sehen sie diesen Ort für das Projekt als sehr geeignet. Er weist darauf hin, dass ein Grossteil der Gesamtkosten dieses Projekts auf die nötigen Anpassungen in der Signalisation und Markierung zurückfallen. Er betont, dass die Kosten für dieses Projekt sehr hoch sind, was in letzter Zeit auch bei einigen Projekten der Fall war. Dennoch finden sie es gut und notwendig, dass die Fussgängerstreifen in Schulhausnähe wie auch in Nähe von neuralgischen Punkten beibehalten werden. Nur so ist es für Schüler und andere Personen klar, wo die Strasse überquert werden kann. Er betont die Wichtigkeit dieser Markierungen. Sie sehen eine Reduktion auf Tempo 30 als relativ unproblematisch. Die verlorene Zeit bei einer Temporeduktion von 50 auf 30 ist vernachlässigbar, da schon heute zu Stosszeiten mit maximal Tempo 30 gefahren werden kann. Er ist gespannt, wie sich das Projekt weiterentwickeln wird. Seiner Meinung nach sind noch nicht alle Punkte abschliessend geklärt, was bei einem Pilotprojekt auch so sein darf. Er hofft, dass sich die Bevölkerung der Schulstrasse auch nach der Petition miteinbringt und allfällige Anliegen weiterleitet. Ziel sollte es sein, dass an der Schulstrasse möglichst viele zufriedene Anwohner wohnen, leben und diese Strasse benützen. Die Fraktion wird einstimmig zustimmen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, gibt vorab eine persönliche Mitteilung ab. Sie weist auf den gelesene Bericht der Metron hin, der diesem Stadtratsbericht zugrunde liegt und erklärt, dass sie zwar bei Metron arbeite, mit dem Bericht aber nichts zu tun hatte. Deshalb kann sie in Absprache mit der Fraktion dennoch Stellung nehmen. Sie erwähnt drei positive Punkte. Es ist erfreulich, dass der Wunsch aus der Bevölkerung kam und das Geschäft daraus entstanden ist. Es geht um ein Projekt, mit dem Erfahrungen gesammelt werden können. Bei ihren Forderungen nach Tempo 30 wurden sie stets auf die BGKs verwiesen. Sie ist sehr erfreut, dass der Prozess umgedreht wird und nicht zuerst die BGKs erfolgen. Man will die aus dem Versuch gesammelten Erfahrungen anschliessend für die BGKs nutzen. Die Schulstrasse bietet sich optimal dafür an, weil damit für die unterschiedlichsten städtischen Räumlichkeiten Erfahrungen gesammelt werden können. Die Fraktion ist einstimmig für die Annahme. Sie bezieht sich auf die Aussage bezüglich möglichem Ausweichverkehr in die Quartiere. Die Schulstrasse bleibt vortrittsberechtigt. Dies führt dazu, dass ein zügiges Vorwärtskommen garantiert und ein Ausweichverkehr verhindert werden kann. Sie wiederholt, dass dann Massnahmen getroffen werden können, wenn man merkt, dass es nicht funktioniert. Zum genannten Thema bezüglich Ausbremsens der Autofahrer äussert sie, dass es eher um die Frage geht, wo man sich bewegen und was für städtische Räume man will. Sie weist darauf hin, dass sich vieles geändert hat, auch der Strassenverkehr. Viele machen Homeoffice und kaufen online ein. Längst nicht mehr alle fahren zu einem Geschäft. Der Strassenraum muss sich ändern, da sich auch die Bedürfnisse geändert haben. Es wurde genannt, dass man nur die Schulzone auf Tempo 30 reduzieren könnte. Sie weist darauf hin, dass im westlichen Teil ein Trottoir fehlt. Es gibt auf der ganzen Strecke viele Mängel, die zu Gefahrenstellen werden und die mit Tempo 30 am besten behoben werden können. Wichtig zu erwähnen ist ihr, dass in einem kürzlich erfolgten Fachbericht der BFU entnommen werden konnte, dass rund 60 Prozent der schweren Verkehrsunfälle innerorts geschehen. Die Wahrscheinlichkeit, bei einer Kollision getötet zu werden, ist bei Tempo 50 sechsmal höher als bei Tempo 30. Hier sieht sie das Aufgabenfeld. Es geht also nicht ums Ausbremsen der Autofahrer, sondern darum, wie der Strassenraum menschen- und siedlungsfreundlicher gestaltet werden kann. Im Strassenverkehrsgesetz Artikel 6 a) steht, dass der Strassen-eigentümer, in diesem Fall die Stadt Thun, verpflichtet ist, die Menschen, die sich auf der Strasse bewegen, zu schützen. Dies muss wahrgenommen werden.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, äussert, dass das vorliegende Geschäft ein gutes Beispiel für eine funktionierenden direkte Demokratie ist. Er findet es gut, wenn engagierte Anwohnerinnen und Anwohner 1'200 Stimmen für eine Petition sammeln können und der Stadtrat parallel dazu ein Postulat einreicht, das angenommen wird. Die Verwaltung hat gezeigt, wie es gehen kann, wenn die Dringlichkeit von einem solchen Anliegen ernst genommen wird. Nach eineinhalb Jahren liegt nicht nur ein Verkehrsgutachten, sondern ein konkretes Projekt vor, zu dem abgestimmt werden kann. Die aufgeführten Defizite zu dieser Schulstrasse zeigen klar, dass die rasche Umsetzung von konkreten Massnahmen wichtig ist. Die Defizite widersprechen seiner Meinung nach den Einschätzungen von Stadtrat Philipp Deriaz, dass in 80 Prozent der Fälle mit Tempo 50 gefahren werden kann. Bei einer Anpassung auf Tempo 30 gäbe es garantiert

weniger Unfälle. Weiter sind die 1'200 Unterschriften der Anwohner ein Zeichen dafür, dass relativ viele Leute mit der aktuellen Situation unzufrieden sind. Ein Wechsel zwischen Tempo 30, 50 und wieder 30 würde dem geäusserten unerwünschten Tempowechsel widersprechen. Deshalb plädiert er für eine Konstanz. Diese führt ausserdem dazu, dass weniger Bussen verteilt werden müssen, weil man sich dem Wechsel nicht bewusst war. Wie von Gemeinderat Reto Schertenleib erwähnt, finden auch sie, dass diese Schulstrasse ein gutes Testprojekt ist, da verschiedene Situationen vorherrschen. Er weist darauf hin, dass die Strasse mit einer ausschliesslichen Anpassung von Signalisation und Markierung nur beschränkt so umgebaut werden kann, wie man es bei Tempo 30 müsste. Dies wohl auch gemäss Empfehlungen seitens BFU oder Kanton. Er weiss aber, dass eine schnelle Umsetzung in diesem Zusammenhang hier nur so möglich ist und auch die Kosten mit baulichen Massnahmen um ein x-faches höher wären. In Anführungszeichen ist es ein eher günstiges Projekt, weil eine pragmatische Umsetzung gefordert wird. Die Fraktion begrüsst die rasche Umsetzung ab Frühling 2024 und ist gespannt auf die im 2025 angekündigte Auswertung. Es ist wichtig, dass bei den Folgen der Massnahmen genau hingeschaut wird. Die Fraktion nimmt den Verpflichtungskredit einstimmig an.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, bezieht sich auf die genannte Veränderung der Bedürfnisse und des Verkehrs. Er weist darauf hin, dass sich der Verkehr vor allem in der Masse geändert hat. Aus seiner Sicht gibt es viel mehr Verkehr, der auch mehr Platz braucht. Er präzisiert, dass sie keinen Wechsel der Tempi wollen. Sie können sich aber vorstellen, dass bei Abschnitt vier, nach der Unterführung auf die Frutigstrasse hin, das Tempo wieder auf 50 erhöht werden kann. Für alles andere hat er Verständnis und dankt für die Ergänzungen.

Alice Kropf (SVP) spricht ein Lob aus an den Gemeinderat Reto Schertenleib für die schnelle Umsetzung von Tempo 30. Bereits bei der Freienhofgasse erfolgte nach seinem Amtsantritt die Tempoanpassung schnell. Stadtrat Philipp Deriaz empfiehlt sie, bei einer Überforderung der Tempiwechsel in Winterthur, auf ÖV umzustellen.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für die gute Aufnahme.

Der Rat genehmigt mit 25 : 12 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Oktober 2023 beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 234'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.078 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Projektierung und Realisierung einer Tempo-30-Zone auf der Schulstrasse.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

106. Dringliche Motion M 04/2023 betreffend Machbarkeitsstudie für eine Wasser- und Eissport-halle, Thuner Sportcluster Lachen

Natalie Althaus (Grüne), Sandro Badertscher (Parteilos), Jonas Baumann-Fuchs (EVP), Nicolas Glauser (GLP), Daniela Huber Notter (Die Mitte), Manon Jaccard (SP) vom 21. September 2023; Beantwortung

Nicolas Glauser (GLP) bekundet, dass es aus Sicht der Motionärinnen und Motionäre nicht ideal ist, dass die Motion nicht motionsfähig ist. Sie verliert dadurch ihre Verbindlichkeit. Das parteiübergreifende Anliegen kann somit nicht erreicht werden. Ihr grösstes Bedauern gilt den zahlreichen Thunerinnen und Thunern, die seit Jahren auf mehr gedeckte Wasserfläche warten und einmal mehr aufs Jahr x vertröstet werden. Wenigstens ist das aus 2013 hängige Postulat "Bau eines Hallenbads" aus dem Dornröschenschlaf

gerissen worden und das Thema Hallenbad und Optimierung Eisbahn wieder rege im Gespräch. Er weist darauf hin, dass die Notwendigkeit unbestritten und der Wunsch vom Gemeinderat anerkannt ist. Ihrer Sicht nach hat sich in dem Gebiet Lachen mit dem absehbaren Wegzug des Tennisclubs und der freiwerdenden Fläche von 6'000 m² in einer Zone öffentlicher Nutzung eine ideale Gelegenheit ergeben. Er weist darauf hin, dass sie nicht die einzigen sind, die diesen Standort als ideal erachten. Er zitiert aus der Abstimmung von 2013 zum Winterdach beim Strandbad: "in Thun wäre es deshalb sinnvoller, eine dauerhafte und ökologisch nachhaltige 25-Meter Hallenbadlösung am bisherigen Standort des Strandbads umzusetzen". Er bedauert, dass bis heute darauf gewartet werden muss. Er äussert, dass sich möglicherweise woanders Gegebenheiten für die Umsetzung der lang geforderten Sportinfrastruktur ergeben. Dazu nennt er die Fläche neben dem Neubau Gymnasium Schadau, den Kiesplatz bei der Werft oder Thun Süd. Er plädiert für eine zeitnahe Inangriffnahme. Sie werden aus einem bunten Strauss an politischen Möglichkeiten, die am zielführendsten auswählen, um in Thun zugunsten der Wassersporttreibenden möglichst bald ein Projekt präsentieren zu können. Sie ziehen ihre Motion zurück.

Der Stadtpräsident würdigt das Engagement der Motionärinnen und Motionären. Aus verwaltungsökonomischen Gründen fragt er, wie es bezüglich Motion 5/2023 aussieht und ob der Rückzug auch diese Motion betreffe.

Nicolas Glauser (GLP) erklärt, dass man diesbezüglich noch nicht so weit ist und sich gerne noch Zeit lassen würden. Er weist darauf hin, dass in der nächsten Motion die einzelnen Punkte aufgeführt sind, zu denen man eine Kreditvorlage haben möchte. Sie würden anschliessend mitteilen, ob sie darauf verzichten.

Der Stadtpräsident findet es schwierig verständlich, wenn der Vorstoss für die Machbarkeitsstudie zurückgezogen, jedoch jener für die nachfolgende Phase, einer Kreditvorlage für genau diesen Standort, noch bleibt. Er äussert, dass sich die Meinung vielleicht noch entwickeln wird.

Der Stadtratspräsident weist auf das neue Bild mit dem Thuner Wappen hin, das zwischen dem Gemeinderatszimmer und der Garderobe hängt. Er bemerkt, dass der neuen zur Lektüre empfohlenen Personalzeitung zu entnehmen ist, was es mit diesem Bild auf sich hat.

Die Sitzung wird für 30 Minuten bis 19.30 Uhr unterbrochen.

107. Postulat P 17/2023 betreffend Sportzentrum mit Hallenbad und Eissportanlagen im Raum Thun im Jahr 2050

Franz Schori (SP), Alex Reymondin (SVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Oktober 2023; Beantwortung

Der Stadtpräsident skizziert den Vorstoss, um zu zeigen, wo man mit diesen Sportstätten steht und was von der Stadtentwicklung her geplant ist. In Thun Süd besteht die Planung mit Ballsport, Klettern und Tennis. Man ist auf einem guten Weg und schafft die planungsrechtlichen Grundlagen. Als nächster Schritt folgen die Verhandlungen mit der Burgergemeinde, der das Land gehört. Wie der Antwort zu dem zurückgezogenen Vorstoss auf Seite drei, zweitletzter Absatz, zu entnehmen ist, beabsichtigt der Gemeinderat, die Einzonung der Flächen auf der Burgerallmend Richtung Kreuzung Weststrasse baldmöglichst anzugehen. Damit können Flächen für eine mittel- und langfristige Realisierung von Infrastrukturen, auch für den Schwimmsport, gesichert werden. Er erklärt, dass sie an diesem Standort für den Schwimmsport eine bessere Eignung sehen. Den vorgeschlagenen Standort Lachen sehen sie, gerade auch nach dem Rückzug der Motion, als vom Tisch. Er betont, dass sie die im Lachen freiwerdende Fläche langfristig als Grün- und Freifläche für die Bevölkerung sicherstellen wollen. Wird Innenentwicklung betrieben, so braucht es im Gegenzug freiwerdende Grün- und Freiflächen. Den Eissport sehen sie aktuell im Grabengut. Er erinnert daran, dass es diesbezüglich eine Volksabstimmung gab. Es besteht ein Projekt, auch wenn es einige Probleme gibt. Sie glauben, dass es kurz- oder mittelfristig richtig ist, dort fortzufahren. Der Stadtrat wird sich zum Grabengut voraussichtlich irgendwann befassen können. Wann und in welchem Umfang das ist, steht

noch offen. Das Ziel im Grabengut ist es, die Lebensdauern von den bestehenden Infrastrukturen wie Parkhaus und Eishallen so zu koordinieren, dass keine Werte vernichtet werden müssen. Deshalb wird für das Postulat das Jahr 2050 als sinnvoll erachtet. Er weist darauf hin, dass die Planungsverfahren sehr lange dauern, gerade wenn Land eingezont werden muss. Die Vorarbeiten müssen bald angegangen werden, um für den genannten Zeithorizont realistische Möglichkeiten zu erhalten. Damit will er untermauern, dass sie einen Plan haben. Persönlich spricht er nicht gerne von Visionen, weil die Ambition besteht, dass wirklich etwas realisiert wird. Er anerkennt die Problematik, dass die Planungsverfahren zu lange dauern. Dennoch sieht er es nicht als Lösung gegen diese langen Verfahrensdauern, wenn nach zwei Drittel des zurückgelegten Weges wieder umgesteuert werden muss. Im Gegenteil. Dies führt zu einer Verschlimmerung und dazu, dass überhaupt nichts mehr realisiert wird. Deshalb plädieren sie dafür, an dem eingeschlagenen Weg, der städtebaulich und von der Stadtentwicklung her Sinn macht, festzuhalten. Dies im Interesse einer zeitgemässen Sportinfrastruktur.

Franz Schori (SP) äussert, dass die Aussagen vom Stadtpräsidenten grösstenteils auch seinen geplanten Worten entsprechen. Er weist darauf hin, dass die Absicht des Postulates nicht darin bestehe, dass der Gemeinderat im Jahr 2050 mit den Arbeiten für ein Hallenbad beginnt. 2050 will man eröffnen können. Es kommt vor, dass eine Zahl nicht immer genau begründet werden kann. Ob es dann 2040 oder 2053 ist, sei aufgrund der langen Prozesse bei solchen Planungsverfahren dahingestellt. Es wäre schön, wenn man das Ziel erreicht und ein Sportzentrum mit Hallenbad und Eissportanlage hat. Es ist sinnvoll, die Infrastrukturen aus energetischen Gründen zusammen zu haben. Als Vorzeigebispiele nennt er Zürich und Schaffhausen. Der Gemeinderat kann sich an deren Beispiele orientieren und für Thun entscheiden, was passt. Irgendwann muss man sich hinsichtlich Grösse, Anzahl Schwimmbahnen und Länge festlegen. Auch muss man überlegen, was man bei einem als Generationenprojekt zu bezeichnenden Projekt miteinplanen will. Am Schluss sollen alle Freude daran haben. Er würde sich über eine gute Aufnahme freuen, so dass dem Gemeinderat von Seite Stadtrat ein klares Zeichen gegeben wird, dass man ein Hallenbad im Raum Thun will. Im Bewusstsein, dass es lange dauern wird, bis es steht. Er hofft, man könne dann dereinst auf ein wunderbares Sportzentrum für viele Generationen anstossen.

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, äussert, dass es in ihrer Fraktion bekanntlich von Begeisterten für Eishallen und Hallenbäder wimmle. Dies passt grundsätzlich mit dem Vorstoss. Dennoch gibt es bei der detaillierten Betrachtung einige Differenzen. Sie weisen darauf hin, dass der eine Teil des Postulates, mit der Forderung nach einem Hallenbad im Raum Thun, bereits mit dem noch offenen Postulat aus dem Jahr 2013 abgedeckt ist und auf die Umsetzung wartet. Die Forderung nach einer Eisbahn verbunden mit einem Sportzentrum im Raum Thun betrachten sie als voreilig, weil noch ungewiss ist, was mit den bisherigen Eisflächen geschieht. Sie finden es verfrüht, bereits jetzt die nächste Eissportanlage in Auftrag zu geben. Weiter erscheint ihnen der Horizont von 27 Jahren bis 2050 als unpassend, auch wenn die Planung für solch grosse Sportinfrastrukturen eine lange Vorlaufzeit benötigen. Sie sind der Meinung, dass die Liste mit den offenen Postulaten durch die Einreichung dieses parlamentarischen Vorstosses um ein Vielfaches anwachsen würde. Berücksichtige man, dass es um eine Forderung für etwas geht, das erst in einem Vierteljahrhundert zum Zuge kommt. Sie plädieren dafür, zuerst die unmittelbaren Herausforderungen zum Thema Sportinfrastruktur anzupacken. Es reicht völlig, die Vision 2050 in einigen Jahren in Form eines Postulates einzureichen. Die Fraktion lehnt das vorliegende Postulat zum jetzigen Zeitpunkt ab.

Alexandre Reymondin, **SVP-Fraktion**, äussert gegenüber dem Wunsch von Stadtrat Nicolas Glauser, schon das nächste Projekt in Auftrag zu geben, dass man noch nicht so weit ist. Der Stadtpräsident sprach bezüglich Abstimmung fürs Grabengut von irgendwann. Er hofft, dass es konkreter ist, als irgendwann. Weiter wurde geäussert, es könnte auch 2043 sein statt 2050. Er bezweifelt, dass es sinnvoll, bereits 2043 etwas an einem neuen Standort zu eröffnen, falls vorerst woanders gebaut wird. Dies etwas plakativ gesagt. Er spricht von einer Vision, auch wenn der Stadtpräsident lieber von einer Ambition spricht. Als eines der älteren Ratsmitglieder denkt er heute, wenn jene im Rat vor 30 Jahren eine Vision gehabt hätten, dann gäbe es heute keine Diskussion, sondern dann wäre längst etwas gebaut. Er widerspricht dem Votum von Stadtrat Nicolas Glauser. Man hätte es gebaut, wenn man eine solch schwierige Aufgabe frühzeitig

angegangen wäre. Wie vom Stadtpräsidenten aufgeführt wurde, ist allen bekannt, dass man weder zu viel Geld oder Land hat. Auch weiss man nicht, wie lange die Planung dauert. Aber sicherlich ewig. Irgendwo muss begonnen und der Anker für die Planung gesetzt werden. Ob die Eröffnung dann 2050, 2052 oder 2054 ist, spielt keine Rolle. Das Grundbedürfnis für Eis- und Wassersport ist unbestritten vorhanden. Er findet, dass man aus energetischer Sicht etwas machen würde, das von allen gutgeheissen würde. Er unterstreicht, dass solch Grossprojekte Zeit brauchen. Deshalb erachtet er 2050 als realistisches Ziel. Die Standortevaluation erfolgte bereits vor gut zehn Jahren. Damals herrschte im Grabengut eine Genossenschaft, jedoch eine finanzschwache. Damals wurde das Grabengut als die bestmögliche Lage ausgekoren. Dies zeigt wiederum, wie schwierig es ist. Ausser man kauft irgendwo Land, was eher unwahrscheinlich ist. Er hat Mühe damit, wenn die Stadt Thun und der Rat die Finanzierung auf sich allein zieht. Er sieht es als Aufgabe einer Region. Er ist überzeugt, dass von den umliegenden Gemeinden wenig Geld zu erwarten ist. Er findet es als zwingend notwendig, dass sich die umliegenden Gemeinden an der Finanzierung beteiligen. Auch da braucht es lange Zeitspannen für Diskussionen und Vorbereitungsarbeiten, um die umliegenden Gemeinden dafür zu überzeugen, dass sie mit einer Mitfinanzierung etwas Gutes machen. Dies spricht wiederum dafür, dass 2050 realistisch ist. Seiner Meinung ist das Postulat eine Vision. Eine für in 30 Jahren und für jene, die dann im Rat sitzen werden. So dass diese dann denken können, dass jene von damals noch vorausschauend waren. Er ist überzeugt, dass jene, die irgendwann hier sein und wohnen werden, von einem heutigen Ja profitieren. Als Fazit hält er fest, dass etwas, das nie auf der Traktandenliste steht, auch nie Thema sein wird. Er bezweifelt, dass man in fünf sechs Jahren nach einem Postulat fragt, wenn jetzt hier etwas gebaut wird. Man denkt, es gibt ja jetzt etwas und das genügt. 20 Jahre später denkt man noch immer, es sei wie neu. Nach 30 Jahren merkt man dann, dass man etwas neues bräuchte und dann wird es nochmals 20 Jahre dauern. Er bittet um die Mithilfe zur Annahme.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, findet, dass aus der Antwort ersichtlich ist, dass die Grundlage zur Planung zurzeit erarbeitet wird. Sie legen grossen Wert darauf, dass man die Ergebnisse aus der Planung zeitnah vorliegen hat. Dies ist wichtig, weil die Sicherung der Landreserven zeitnah an die Hand genommen werden muss. Nur so verfügt man bei einer Realisierung über das Land. Nicht zu vergessen ist der Einbezug der umliegenden Gemeinden. Er ist der Meinung, dass diese über den Fortschritt der Planung informiert werden müssen, da diese selbst Anpassungen in ihrer Planung haben. Zusammenfassend äussert er, dass man schnell plant und realisiert. Auch er möchte das Baden im Hallenbad noch erleben. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, wiederholt, dass der Gemeinderat in der Antwort den Missstand an viel zu wenig Wasserflächen bestätigt. Sie ergänzt, dass es auch zu wenig Eisflächen hat und betont, dass dies auch noch nach der Sanierung der Fall sein wird. Sie findet es gut, dass mit der von ihnen zurückgezogenen, viel diskutierten Motion das Thema immerhin wieder auf dem politischen Parkett liegt und wieder darüber gesprochen wird. Sie betont, dass die Vision eines Hallenbads nicht neu und auch nicht erst zehn Jahre alt ist. Unlängst kam ihr zu Ohren, dass bereits bei der Realisierung der Lachenhalle (zirka 1989) versucht wurde, den Gemeinderat und die Stadt zu dem Bau eines Hallenbads zu motivieren. Es geht um eine Zeitspanne von über 35 Jahren. Spricht man nochmals von 27 Jahren, dann gibt es 60 Jahre. Dies erscheint ihr als eine extrem lange Zeit, trotz langer Planungsfrist. Im Publikum sitzen Wassersportfunktionäre, die bereits seit 30 Jahren für ein Hallenbad weibeln. Sie findet es unhaltbar, diese nochmals so lange zu vertrösten. Beim Thema Grabengut spricht man von einer Abstimmung, bei der mit 20 Mio. Stimmen zur Sanierung Ja gesagt wurde. Im Postulat spricht man von der Absicht, im Jahr 2050 eine neue Eishalle zu haben, die es aber heute schon bräuchte. Sie weist darauf hin, dass es im Jahr 2050 um die zehn Prozent mehr Einwohner geben wird. Dann wird es womöglich noch mehr Eis- und Wasserflächen brauchen. Denn auch die Schulen möchten diese Flächen nutzen. Sie fragt, was bei der Realisierung der hier beschriebenen Eishalle mit dem Grabengut geschehen würde und ob man dieses abreissen würde. Allenfalls gäbe es dann das in der Motion angedachte Wohnungs- und Siedlungsgebiet. Es geht für sie nicht auf, dass hier 30 Mio. Franken investiert werden, um das Gebäude womöglich in 30 Jahren wieder abzureissen. Sie ist überzeugt, dass dies für eine Stadt finanziell unmöglich attraktiv sein kann. Sie kommt auf die Auffassung, dass im Rat in 30 Jahren gesagt wird, man hätte heute vorausschauend gehandelt, zu

sprechen. Dabei erinnert sie daran, dass vor 30 Jahren die Mühle abgerissen wurde. Sie bezweifelt, dass man das heute noch machen würde. Dasselbe gilt für das Selveareal. Dazu nennt sie das Stichwort graue Energien. Das eine oder andere Gebäude würde man womöglich zu retten versuchen. Sie hinterfragt, was jene in 30 Jahren zu dieser Vision sagen würden. Es ist allen klar, dass man ein Hallenbad will. Dies eigentlich schon seit 30 Jahren. Auch wird zum Grabengut Ja gesagt. Für sie persönlich ist dies nicht schlüssig. In der Fraktion ist man uneinig und wird unabhängig voneinander abstimmen.

Sandro Badertscher (Parteilos) versteht, dass der Gemeinderat mit dem Postulat einverstanden ist. 2050 wird niemand mehr von ihnen verantwortlich dafür sein. Man könnte also den Zeithorizont als wunderbar betrachten. Leicht ironisch äussert er, dass 2050 eine dankbare und nicht greifbare Zahl ist. Für ihn geht es um einen Zeithorizont, zu dem er nicht Ja sagen kann. Auch wenn er hinter der Grundidee steht und der Meinung ist, dass der Gemeinderat zeitnah agieren soll. Er wird das Postulat ablehnen.

Jonas Baumann (EVP) weist darauf hin, dass er etwas länger im Rat ist und auf die Zeit zurückblicken kann, in der man hätte können. Man hat aber nicht. Er weist auf das Sprichwort hin: "wird zu viel Energie auf Plan B gesetzt, so hat man zu wenig Energie für Plan A". Für ihn gibt es eine Vielfalt an Plan B. Er wiederholt, dass das Grabengut für ihn ein Plan B ist. Weiter ist es ein Plan B, mit Heimberg über ein Hallenbad zu sprechen und 2050 selber eins zu bauen. Als Heimberger würde er sich dagegen sträuben, ein Hallenbad zu eröffnen, im Wissen, dass die Stadt Thun 2050 selber eins bauen wird. Auch dieser Plan B überzeugt ihn nicht. Diese beiden Plan B hätten längst als Plan A angegangen werden können, so dass die Diskussion hier hinfällig wäre. Der Vorstoss überzeugt ihn nicht. Es wird nochmals gesagt, dass man etwas will, über das man sich schon längst einig ist. Irgendwann gibt es keine Energie mehr für Plan A. Dies ist kein Votum gegen all jene, die aufs Eis wollen und sich in den üblen Kabinen umziehen müssen. Er findet diesen Zustand keineswegs gut. Dennoch ist Plan B nicht besser als Plan A.

Thomas Hiltbold (Grüne) erörtert, dass es trotz Unterstützung des Vorstosses nicht in Stein gemeisselt ist, erst 2050 oder noch später ein Hallenbad zu erhalten. Bezüglich Hinweis, dass man es heute mit der Mühle oder dem Grabengut womöglich anders machen würde, betont er, dass man in einer Demokratie ist. Es gab Volksentscheide. Auch wenn er persönlich gegen den Teilabbruch der Mühle war, war die Mehrheit dafür. So auch beim Grabengut. Er findet es müssig, darüber zu diskutieren, dass man es heute anders machen würde. Demokratie bedeutet, dass die Mehrheit entscheidet und es diesen Entscheid zu akzeptieren gilt. Es gibt ein vor zehn Jahren eingereichtes Postulat, dass die Planung eines Hallenbads fordert. Seiner Meinung nach ist seither nicht viel passiert. Nun gibt es die zurückgezogene Motion und das Postulat, als Reaktion auf die Motion, die nur auf Lachen fokussiert hat. Das vorliegende Postulat hat den Fächer geöffnet, was er grundsätzlich gutheisst. Punkto Standort und zeitlicher Vorgabe ist man offen. Womöglich zeigt sich, dass das angestrebte Kombistadion nicht die Lösung ist. Vielleicht kommt man in ein bis zwei Jahren zum Schluss, dass man zusätzlich noch ein Hallenbad eröffnet, mit jemandem zusammen oder allein. Er betrachtet das Postulat als einen Prüfauftrag in der Breite und erwartet dies so vom Gemeinderat. Er plädiert dafür, dass man sich nicht auf diese Jahrzahl fixiert. 2050 werden nicht mehr dieselben Leute im Gemeinderat sitzen. Er begrüsst es, dass eine ehemalige Gemeinderätin im Publikum sitzt. Er weiss, dass bei der Diskussion zu Lachen ein wesentlicher Teil der Fraktion zum Schluss kam, dass Lachen der denkbar ungünstigste Standort wäre. 2006 gab es eine Volksabstimmung. Er war gegen die damalige gemeinderätliche Vorlage, die einen Teil des Lachenareals verkaufen und zu Wohnungen überbauen lassen wollte. Im Gegenzug hätte man das Stadion in Thun Süd teilfinanziert. Das Geschäft wurde mit Zweidrittel deutlich abgelehnt. Wie der Stadtpräsident bereits geäussert hat, war damals ein wesentliches Argument, dass man das Lachenareal als naturnahes Naherholungsgebiet der Thuner Bevölkerung erhalten will. Die Haltung von damals ist noch heute seine Haltung. In einer solch wachsenden Stadt kann nicht leichtsinnig ein solch schönes Naherholungsgebiet mit Grünraum aufs Spiel gesetzt werden, wie es die Motion angedacht hätte. Es muss weiterhin berücksichtigt werden, dass dieses Areal nicht privatisiert werden will. Der Vorstoss bringt lediglich zum Ausdruck, dass man im Wesentlichen ein Hallenbad will, und dies so zeitnah wie möglich. Wenn es sich mit einer anderen Sportinfrastruktur kombinieren lässt, umso besser. Das Ganze muss sorgfältig geprüft werden. Es ist von vielen anderen Projekten abhängig,

sei es Grabengut oder Thun Süd. Weiter muss es finanzierbar sein. Auch müssen der Unterhalt und der Betrieb sichergestellt sein. Er weist auf die Steuersenkung hin. Es muss alles unter einen Hut gebracht werden, was er als eine sehr anspruchsvolle Aufgabe betrachtet, die Zeit braucht. Auch er erhofft sich, einen Schwumm im Hallenbad noch erleben zu dürfen. Er bittet, dem Vorstoss zuzustimmen.

Natalie Althaus (Grüne) dank Stadtrat Thomas Hiltbold für den Hinweis, dass man hier nicht mehr über Lachen spricht. Lachen war in der Motion Thema. Das Postulat lässt offen, an welchem Standort das Hallenbad gebaut wird. Bezüglich der genannten Demokratie äussert sie, dass das Volk für die Sanierung über einen Betrag von 20 Mio. Franken entscheiden konnte. Der Gemeinderat spricht in seiner Antwort von 30 Mio. Franken. Sie weist darauf hin, dass die Differenz von 10 Mio. Franken ein sehr grosser Betrag ist. Sie findet, dass man hier nicht Ja sagen kann, solange im Stadtrat nicht über den Nachkredit abgestimmt werden konnte. Für sie wäre es eine Untergrabung der demokratischen Wege. Man würde über etwas abstimmen, das erst in den kommenden Monaten im Stadtrat behandelt wird.

Der Stadtpräsident nimmt Bezug auf die Aussage von Stadtrat Alexandre Reymondin und korrigiert seine Äusserung von "es kommt irgendwann" auf "es kommt so rasch als möglich". Er bestätigt, dass es nicht um eine Debatte fürs Grabengut geht. Er hat versucht aufzuzeigen, was sie in Zukunft wirklich sehen. Das Grabengut hat diesbezüglich seine Bedeutung, aber auch Thun Süd. Es wurde genannt, was konkret gemacht werden kann. Die Aufgabe im Gemeinderat und in der Stadtplanung sieht er darin, Optionen zu schaffen, damit nachfolgende Generationen allenfalls Möglichkeiten wahrnehmen und die dann vorhandenen Bedürfnisse verwirklichen können. Mit dem Schaffen von Optionen meint er die geplanten Einzonungsbestrebungen, die im Rahmen des Projekts Thun Süd dargelegt wurden. Die Einzonungen schaffen Möglichkeiten, ohne jetzt zu definieren, was dort entstehen wird. Es gab breite Debatten und er äussert, was rückwirkend betrachtet noch bleibt. Lachen ist für sie nach dem Rückzug der Motion keine Option mehr. Sie gehen davon aus, dass auch die Mehrheit des Stadtrats es teilt, dort aktuell keine solch ange-dachten Komplexe zu realisieren. Die Optionen mit dem Einzonungsprojekt sehen sie primär in Thun Süd. Er weiss, dass man sich darüber streiten kann, ob man Freiflächen einzonen will oder nicht. Wichtig erscheint ihm, dass den übergeordneten Behörden vermitteln werden kann, dass die Bevölkerung ein Bedürfnis hat. Für sie ist es dienlich, wenn man darauf verweisen kann, dass dies auch der Stadtrat so sieht. Er ist der Auffassung, dass es besser wäre, Ja zu stimmen, um für die Zukunft Optionen schaffen zu können.

Franz Schori (SP) dankt für die unterstützenden Wortmeldungen. Als Nachtrag zu seinem ersten Votum dankt er den Motionärinnen und Motionären nicht nur für den Rückzug der Motion, sondern auch für das Einreichen. Das Postulat ist ein Kind dieser Motion. Das Thema Hallenbad ist in Thun schon lange ein wichtiges Thema. Im Sommer war dem Thuner Tagblatt in der Rubrik "Thun damals" zu entnehmen, dass in den 70er Jahren für den Bau eines Hallenbads vom damaligen Stadtpräsidenten Ernst Eggenberg ein Komitee eingesetzt wurde. In Pausengesprächen bestätigten ihm die älteren Stadträtinnen und Stadträte nach langem Grübeln, dass es dazu tatsächlich eine Volksabstimmung gab, die vom Volk abgelehnt wurde. Wenn das Thema so weit zurückliegt, dass man sich kaum noch erinnern kann, findet er es an der Zeit, das Thema wieder aufzugreifen. Erstaunt ist er, dass jene, die mit einem Vorstoss ein Hallenbad wollten, der nicht durchkam, bei dem anderen Vorstoss, der dasselbe will, dagegen sind. Er weist darauf hin, dass der Sanierungszyklus von Gebäuden bei 30 Jahren liegt. Das ist mit ein Grund, weshalb sie das Jahr 2050 gesetzt haben. Sie sind überzeugt, dass die Sanierung im Grabengut jetzt wichtig ist. Man weiss aber, dass auch das, was jetzt saniert wird, irgendwann sein Lebensende erreicht. Er weist darauf hin, dass sie von einem Hallenbad oder einem Sportzentrum mit Hallenbad und Eissportanlage sprechen und nicht über die Grabengutentwicklung. Man muss sich im Planungsamt Gedanken machen, was man sich seitens Planung und seitens Gemeinderates vorstellen kann. Auch wenn er sich bewusst ist, dass man es sich anders als von ihnen begründet vorstellen kann. Er weist darauf hin, dass sich die Ratsmitglieder jederzeit ins Spiel bringen können. In den SAKOs besteht die Möglichkeit, jederzeit nach dem Stand des Projekts zu fragen. Genügt die Antwort aus der SAKO nicht, so kann man die Fragestunde oder die Interpellation nutzen oder gar ein neues Postulat formulieren. Es liegt an den Ratsmitgliedern, den Gemeinderat in die

Pflicht zu nehmen und an die Worte vom heutigen Abend zu erinnern. Dies mit dem Ziel, dass man 2050 in Thun in einem Hallenbad baden gehen kann.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 21 : 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen als erheblich.

108. Dringliches Postulat P 12/2023 für eine dämpfende Wirkung der Strompreiserhöhungen durch Energie Thun

Franz Schori (SP) und SP-Fraktion vom 26. Oktober 2023; Beantwortung

Gemeinderätin Andrea de Meuron weist darauf hin, dass der Gemeinderat die Annahme vom Postulat beantragt. Es scheint ihr wichtig zu ergänzen, dass eine solche Prüfung ergebnisoffen sein soll. Der Gemeinderat anerkennt die Tatsache, dass die Kosten steigen, sei es bei den Krankenkassenprämien oder den Wohnkosten. Sie will die von der Energie Thun AG kommunizierten Stromkosten in ein gesamtschweizerisches Bild setzen. Ein Vergleich auf Telcom zeigt, dass die Energie Thun AG ab dem kommenden Jahr einen Rp./KWh über dem Median sein wird. Man kann sagen, dass man diesen Rappen reduzieren will. Sie rechnet vor, was die Reduktion um einen Rappen bei einer vierköpfigen Familie ausmachen würde. Diese verbraucht um die 1'500 KWh pro Jahr, was 15 Franken ausmacht, die gespart werden könnten. Wichtig zu sagen ist, dass der Handlungsspielraum auf dem Strommarkt stark reguliert und klein ist. Die Energieversorger können den Strompreis einmal jährlich eingeben. Weiter ist vorgegeben, wie viel Gewinn gemacht werden darf. Sie könnten die erwähnten Abgaben der Energie Thun AG an die Stadt Thun von 5 Mio. Franken temporär aussetzen. Hierbei verweist sie auf einen möglichen Zielkonflikt. Eine Reduktion der Einnahmen verkleinert den Handlungsspielraum bei einer Senkung der Steueranlage. Es können nicht überall die Einnahmen gekürzt werden, wenn die Ausgaben steigen. Dabei verweist sie auf den Wunsch nach einem Hallenbad. Weiter dazu kommen die Klimaziele. Es wurde immer wieder davon gesprochen, dass man Energie sparen will. Es gibt den Förderfonds, der dies unterstützen will. Energie ist ein kostbares Gut. Somit ist man dazu angehalten, nicht einfach zu vergünstigen, wenn man nicht weiss, wie sorgfältig mit diesem kostbaren und begrenzten Gut umgegangen wird. Dennoch wollen sie das Ergebnis im Rahmen der Gesamtbetrachtung mit Senkung der Steueranlagen offen prüfen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, zählt folgendes auf: Teuerung, Mietkostenerhöhung, Krankenkassenprämien-erhöhung, Strompreiserhöhung. Er erwähnt, dass die Stadt bei den allgemeinen Teuerungen keinen Handlungsspielraum hat. Auch kann der Gemeinderat bei den Mietkosten kurzfristig nichts unternehmen. Was immer wieder Thema sein wird, ist der gemeinnützige und preisgünstige Wohnungsbau. Weiter kann der Gemeinderat auch bezüglich Krankenkassenprämien nichts unternehmen. Einziger kleiner Spielraum bei den kostentreibenden Faktoren bietet sich bei den Energiekosten. Zur Vorrechnung von Gemeinderätin Andrea de Meuron äussert er, dass es mit den 15 Franken jährlich tatsächlich um keine grosse Summe geht. Er findet, dass es bei der Steuersenkung um dasselbe geht, denn auch das macht für den Einzelnen nicht viel aus. Letztendlich zählt jeder Franken, und zwar für Private wie auch für Gewerbetreibende. Er weist darauf hin, dass es nicht um eine Senkung der Energiepreise geht, sondern um eine Abfederung der angekündigten Preiserhöhung von rund 30 Prozent. Es handelt sich um eine sozialpolitische und ökologische Massnahme, um jenen Menschen, die unter den aufgezeigten Faktoren bereits leiden, als Stadt helfen zu können. Er weist darauf hin, dass er nicht von den ganzen 5 Mio. Franken spricht, die man aussetzen könnte. Letztendlich liegt es aber in der Kompetenz vom Gemeinderat, was genau man machen will. Eine Abgabe bietet sich insofern an, weil sie auf der Stromrechnung ausgewiesen wird. Man sieht, wie viel Konzessionsabgabe in Zusammenhang mit den konsumierten KWh bezahlt werden. Ähnlich sieht es mit den Netzdurchleitungsgebühren aus, was wiederum nicht im Einflussbereich des Gemeinderates ist. Er bittet, dem Postulat zuzustimmen. Die Fraktion wird grossmehrheitlich zustimmen, um ein sozialpolitisches Zeichen zu setzen. Man will jenen, die auf jeden Franken schauen müssen, Entlastung bieten.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, dankt Stadtrat Franz Schori einerseits, dass er das wichtige Thema aufgegriffen hat. Die Preise im Energiesektor sind gestiegen und werden es weiterhin noch enorm. Es stimmt nicht, dass man der Bevölkerung nur sagt, sie solle Energie sparen. In vielen Bereichen wird ihnen aufgeheißt, mehr Strom zu verbrauchen. Sei es bei der Elektrifizierung in der Mobilität oder dem Einsatz von Wärmepumpen anstelle Ölheizungen. Er findet es schwierig zu sagen, dass weniger Strom gebraucht werden soll. Andererseits fühlt er sich wie im falschen Film. Er betont, dass er als fast Einziger am Förderfonds Kritik ausgeübt hat und dass dieser über Strompreiserhöhungen finanziert werden soll. Nach 1.5 Jahren will man nun die Energiepreise senken. Aus ihrer Sicht ist eine Senkung finanzpolitisch nicht finanzierbar. Denkbar wäre es, den Strompreis nicht durch zusätzliche Abgaben zu erhöhen. Er erwartet vom Gemeinderat, dass er das Postulat als Auftrag vom Stadtrat wahrnimmt, und vielleicht auch die unsinnige Finanzierung des Förderfonds überdenkt. Er hofft, dass der Gemeinderat mutig ist und diesen Fehler anzupassen versucht.

Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, äussert, dass sie dem Inhalt und den geforderten Massnahmen kritisch gegenüberstehen. Die Situation mit Inflation und genereller Teuerung beschränkt sich nicht nur auf die Stadt oder die Region. Mit einer Senkung der Strompreiserhöhung und der Senkung der Abgabe von der Energie Thun AG an die Stadt wird mit dem Giesskannenprinzip zu helfen versucht. Dies ist schlussendlich für niemanden der Beteiligten zielführend. Die erwähnte Abgabe der Energie Thun AG ist keine unwesentliche Einnahmequelle für die Stadt, was schlussendlich auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugutekommt. Sie hält fest, dass eine Anpassung der Strompreise sich in erster Linie im Portemonnaie der Grossverbraucher auswirkt und nicht bei den Wenigverdienern, der eigentlichen Zielgruppe des Postulats. Sie glaubt, dass jene wahrscheinlich bereits achtsamer leben und mehr auf den Stromverbrauch schauen. Sie sind der Meinung, dass keineswegs das Ziel verfolgt werden darf, die Strompreise zu subventionieren. Vielmehr geht es darum, die Leute zu einem nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen zu animieren. Sie sind erstaunt, dass der Gemeinderat den Prüfauftrag zur Annahme empfiehlt. Sie wollen nicht, dass sich die vorgeschlagenen oder noch zu definierenden Massnahmen sich negativ auf den Handlungsspielraum der Stadt auswirken. Grundsätzlich lehnt die Fraktion das Postulat ab, es sei denn, Thema wäre eine gleichzeitige Abschreibung. In diesem Fall würde ein Grossteil zustimmen.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne**, ist erfreut, dass der Gemeinderat das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten positiv aufnimmt und sich für eine Dämpfung der angekündigten Strompreiserhöhungen einsetzen will. Er äussert einige Punkte, die sie dem Gemeinderat für die eingehende Prüfung des Postulats mit auf den Weg geben wollen. Neben dem Netznutzungstarif, dem Energietarif und dem Netzzuschlag ist die Abgabe an das Gemeinwesen einer der Komponenten des Strompreises. Anders als beim Strompreis liegt die Energie Thun AG bei dieser Abgabe mit 2.8 Rp./KWh weit entfernt vom Schweizer Median, der bei 1 Rp./KWh liegt. Er ergänzt, dass nur 19 von 575 Netzbetreibern höhere Abgaben ans Gemeinwesen haben. Diese kurze Analyse zeigt, dass die Energie Thun AG Spielraum hat, dessen Nutzung für die Dämpfung der Strompreiserhöhung geprüft werden könnte. Weiter findet er es zynisch, den Menschen am Existenzminimum ans Herz zu legen, sie sollen mehr Strom sparen. In Anbetracht der finanzpolitischen Gesamtschau weisen sie darauf hin, dass die geplante Senkung der Steueranlage sozial gesehen zu mehr Ungleichheit führen wird, da die wirtschaftlich Privilegierteren mehr davon profitieren würden. Den einkommensschwachen Menschen würde bereits eine um ein paar Franken reduzierte Stromrechnung zur Entlastung beitragen. Bei einem Vergleich der Strompreise zeigt sich weiter, dass Netzbetreiber mit hoher Eigenproduktion die Strompreise weniger erhöht haben als jene, die primär den Strom am volatilen Strommarkt die Energie einkaufen. Er plädiert dafür, dass die Energie Thun AG die eigene Stromproduktion mit eigenen PV-Anlagen schnellstmöglich vorantreiben muss. Dies entspricht dem Willen des Gemeinderats mit der verabschiedeten Klimastrategie. Zum Schluss weist er darauf hin, dass der Prüfauftrag durchaus breiter angeschaut werden kann und die Anpassung der Gemeindeabgabe nur eine Möglichkeit darstelle. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Alois Studerus, **Fraktion FDP/Die Mitte**, weist auf die Worte des Gemeinderates hin, dass nur Massnahmen in Frage kommen, die den gewünschten Effekte erzielen und keine Ungerechtigkeiten hervorbringen.

Betrachtet man ausschliesslich den Strom und eine flächendeckende Stromverbilligung, so stellt auch er sich die Frage, ob nicht mit der Giesskanne verteilt wird. Für die einen wird es Ende Monat etwas ausmachen. Für viel wird es aber kaum das Thema sein, das am meisten bewegt. Strom zu sparen ist ein Punkt. Er weist darauf hin, dass es auch andere Energiequellen gibt, die herbeigezogen werden könnten. Er findet, dass der Förderfond das richtige Instrument ist, das eingesetzt werden kann. Die Idee ist es, die Abgabe der Energie Thun AG zu minimieren, um allen etwas verteilen zu können. Hier sind nicht alle gleicher Meinung. Er weist darauf hin, dass die Energie Thun AG nur über diese Abgabe gesteuert werden kann. Die Energie Thun AG liegt aktuell einen Rappen über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Mit diesem Unterschied lässt sich die Massnahme nicht rechtfertigen. Der Gemeinderat prüft es und wird einen allfällig vorhandenen Spielraum nutzen. Sie sind eher der Meinung, dass man mit einer Steuersenkung besser zum Ziel kommt. Die Fraktion wird mehrheitlich der Annahme folgen und den Gemeinderat unterstützen.

Sandro Badertscher (Parteilos) wiederholt, dass es viele Komponente gibt, die teurer werden. Er weist darauf hin, dass dies nicht ganz zufällig passiert. Viele Gesetzeseingriffe in die Märkte sowie Regulierungen und Vorgaben haben dazu geführt, dass sich gewisse Energieträger abgeschaltet haben oder abgeschaltet werden wollen. Er bezweifelt, dass diesbezüglich hiermit viel bewirkt werden kann. Er ist überzeugt, dass es so weitergeht, da es eine gewollte Strategie von diesem Land und Europa ist. Wie bereits geäussert wurde, hat die Stadt grundsätzlich die Möglichkeit, in solchen Zeiten die Abgaben zu prüfen, um zu sehen, wo mit einer Senkung etwas bewirkt werden kann. Es findet, dass gewisse Fonds sehr gut dotiert sind, sei es Abfall, Abwasser oder Wasser. Auch wenn dies natürlich ein Teil des Eigenkapitals der Stadt ausmacht. Er versteht den Auftrag so, dass in die Breite geprüft wird, wo die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden können. Er findet, dass sie auf die effektiven Auswirkungen der Teuerungen nicht viel zu melden haben. Dennoch kann es als Zeichen gewertet werden, dass man prüft, wo man dem Bürger entgegenkommen kann. Er wird sich wahrscheinlich enthalten.

Gemeinderätin Andrea de Meuron bezieht sich auf den Vorschlag, dass es noch andere Fonds gäbe, und weist darauf hin, dass diese reglementiert sind. Sie hörte, dass es nicht von dieser Abgabe sein muss, sondern auch etwas anderes gemacht werden könnte. Dazu fehlte ihr ein klarer Vorschlag. Dem Gemeinderat steht es nun also frei, was sie machen wollen. Die genannte Abgabe ist nur als Beispiel aufgeführt. Es geht um ein operatives Geschäft, was nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehört. Sie steuern über die Reglemente und die eigenen Strategien. Der Strompreis ist stark reguliert und es ist nicht am Gemeinderat, an den Strompreisen etwas zu ändern. Sie bedauert, wenn ihren Aussagen zufolge der Eindruck entstanden ist, dass nur die Bedürftigen Strom sparen sollen. Das war nicht ihre Absicht gewesen. Strom zu sparen gilt für alle. Sie weist darauf hin, dass der Förderfond im Stadtrat ohne Gegenstimme genehmigt wurde. Es geht um einen politischen Willen, den sie hochachten. Warum der Förderfond nicht eingesetzt werden kann ist aktuell eine rechtliche Geschichte vor Verwaltungsgericht. Es wurde eine Übergangsförderung ermöglicht, zu der eine grosse Nachfrage besteht. Innerhalb drei Monaten sind rund 60 Gesuche eingegangen. Der Bedarf besteht, was zeigt, dass Strom gespart werden will. Wichtig findet sie es zu sagen, dass es auch noch Gas gäbe. Auch diese Preise sind gestiegen und da können sie nichts machen. Dies könnte zu Ungerechtigkeiten führen zwischen jenen die mit Gas heizen oder nicht. Sie unterstreicht, dass es nicht stimmt, dass sie einen grösseren Stromverbrauch wollen. Fakt ist, dass bei der Energie Thun AG der Stromverbrauch effektiv gesunken ist. Es lässt vermuten, dass dies damit zusammenhängt, dass aufgrund des Energiemangels zum Stromsparen angehalten wurde. Dank Effizienzmassnahmen konnte der Verbrauch, der eigentlich steigen würde, gesunken ist. Es gibt immer effizientere Geräte, weshalb der Bedarf nicht steigt. Sie nimmt entgegen, dass sie es prüfen dürfen. Sie kennen ihre Möglichkeiten und sind gespannt auf die Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 27 : 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen als erheblich.

109. Dringliche Interpellation I 07/2023 betreffend Optimierung der laufenden Ortsplanungsrevision (OPR) und dem zugehörigen Zonenplan

Markus van Wijk (FDP/Die Mitte), Barbara Lehmann Rickli (FDP/Die Mitte), Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Sandro Badertscher (Parteilos), Natalie Althaus (Grüne) vom 21. September 2023; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) bekundet, dass die Interpellanten mit der Beantwortung überhaupt nicht befriedigt sind. Aus Zeitgründen werden sie aber eine Diskussion dann führen, wenn die entsprechenden Motiven in den Stadtrat kommen.

110. Postulat P 06/2023 betreffend Hitzeinseln

Natalie Althaus (Grüne), Fraktion Grüne vom 11. Mai 2023; Beantwortung

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, dankt Gemeinderat Reto Schertenleib und dem Team für die ausführliche Beantwortung. Sie ist froh, dass es eine wissenschaftlich belegte Beweislage dafür gibt, dass es diese Hitzeinseln tatsächlich gibt. Gleichzeitig erhielt man Unterlagen mit möglichen Massnahmen, um die Hitzeinseln zu entschärfen. Einleitend beginnt sie mit einem Bericht von Eckart von Hirschhausen. Dieser hat kürzlich in einem Interview bekannt gegeben, dass sich ein Hühnerei beim Aussetzen an der Hitze während zwei bis drei Stunden unwiderrufbar verändert. Es denaturiert und wird zu Eiweiss. Somit kann nie mehr Leben daraus entstehen. Ein Ei besteht aus Wasser, Eiweiss und Fett. Das menschliche Hirn besteht aus genau denselben Bestandteilen wie ein Ei. Sie weist darauf hin, dass es diesen Sommer x Hitzeperioden mit durchschnittlich 36 Grad am Schatten gab. An der Sonne und in Städten wird es noch heisser. Die Menschen sind ständig dieser Hitze ausgesetzt. Die Karte des Berichts zeigt auf S. 6 ein Szenario, das für 2060 ausgerechnet wurde. Es ist eindrücklich ersichtlich, dass in den Gebieten Innenstadt, dem Gleis entlang, dem Industriegebiet Nord, Thun Süd und der Automeile hinter dem Lachenareal sehr ungünstige Temperaturen entstehen werden. Noch ungünstigere als heute. Die Plätze sind klar definiert und man weiss genau, wo man etwas machen müsste. Der Gemeinderat äussert, dass man unterwegs sei und dies mit der neu geschaffenen Stelle prüfen wird. Sie wiederholt, dass die Menschen schon jetzt leiden. Eine Metastudie belegt, dass ab 35 Grad bereits ein Prozent der Menschen gesundheitlich schwere Folgen erleidet. Es kommt zu psychischen wie auch physischen Problemen. Die Aggression nimmt zu, so auch die Unfallstatistik. Es kommt zu einer Anhäufung von Gesundheitsschäden. Auch leidet die Wirtschaft. Sie berichtet, dass ihre Tochter als Malerin in der Hauptsaison teilweise nicht mehr an Fassaden arbeiten konnte, weil es schlicht zu heiss war. Es gibt bereits jetzt finanziell hohe Einbussen, welche noch zunehmen werden. Sie bittet, das Postulat anzunehmen und nicht abzuschreiben. Es muss jetzt mit Hochdruck daran gearbeitet werden. Die eindeutig benannten Plätze müssen jetzt entsiegelt, begrünt und beforschte Beläge eingesetzt werden. In dem Dossier stehen viele Massnahmen, die wirklich helfen. Es kann nicht zugewartet werden. Es geht ums Menschliche und um unsere Gehirne. Alle sind froh, wenn man sich im Sommer nicht noch mehr an die Gurgel springt, von der Leiter fällt oder sonstiges geschieht. Zum Schluss wiederholt sie, dass man genau wisse, wie die Hitzeinseln zu entschärfen sind.

Alexandre Reymondin, **SVP-Fraktion**, erwähnt, dass sie in diesem Jahr im Rat bereits über die Entsiegelung der Bodenflächen gesprochen haben. Bezüglich der Aussage, dass es bei der Automeile hinter dem Lachenareal warm werde, macht er beliebt, nicht noch vorne zum See hin etwas zu bauen. Ihrer Meinung nach hat der Gemeinderat die Fragen ausführlich und umfassend beantwortet. Er wiederholt, dass eine Klimaanalyse vom Kanton Bern vorliegt und die Hitzeinseln definiert sind. In Zusammenarbeit mit der UNI-Bern ist ein Netzwerk in Planung mit dem Ziel, die Echtzeiten zu messen und dazu Karten zu erstellen. Daraus sollen die zu ergreifenden Massnahmen zu entnehmen sein. Er weist darauf hin, dass man gut unterwegs ist. Die Stadt berücksichtigt bereits heute in der Planung, bei der Umsetzung und der Bewirtschaftung alles Mögliche, was die vorgeschlagenen Massnahmen anbelangt. Sie wird dies mit der neu geschaffenen Stelle zukünftig noch vermehrt tun. Sie finden das alles nicht schlecht, jedoch unter der

Berücksichtigung, dass auch andere Faktoren berücksichtigt werden müssen. Es muss alles im Kontext betrachtet werden. Gespräche haben gezeigt, dass nicht alle den Begriff Hitzeinseln kennen. Er weiss, dass das Thema nicht in allen Gemeinden ringsum gleich aktuell ist. Er will damit sagen, dass man hier nicht alles selbst in der Hand hat. Der Antwort des Gemeinderates ist zu entnehmen, dass die Thematik bereits in den Legislaturzielen 2023 bis 2026 aufgeführt ist. Den im Postulat aufgeführten Massnahmen wird Rechnung getragen. Er schlussfolgert, dass man bereits gut unterwegs ist. Im Gegensatz zum Gemeinderat sind sie der Meinung, dass das Postulat abgelehnt werden müsste. Es ist nicht ein Thema, das heute angegangen werden muss. Sie finden, es handle sich dabei um einen Dauerauftrag, den die Stadt bereits erfülle. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Marc Fritschi (Parteilos) gibt eine persönliche Erklärung ab. Er äussert sich nicht inhaltlich zum Postulat, will dem Gemeinderat jedoch ein grosses Kompliment bezüglich der Beantwortung aussprechen. Es wurde sich nicht nur zur Sache geäussert, sondern gleich eine Grafik mitgeliefert. Im Vergleich zu seinem im Februar eingereichten Postulat zu den Wohnkosten, ärgert er sich, dass der Gemeinderat seine Fragen konsequent nicht beantwortet hatte. Der Gemeinderat hatte geäussert, die erbetenen 31 Steuerzahlen können nicht ohne grossen Aufwand ermittelt werden. Er selbst hat mit einem Aufwand von 1.5 Stunden die Zahlen in der Finanzverwaltung aus alten Jahresrechnungen zusammengetragen und für die Fragestunde schriftlich eingegeben. Noch dann behauptete der Gemeinderat, die Zahlen könnten nicht verifiziert werden. Marc Fritschi fühlt sich durch die ungleiche Art, wie Vorstösse beantwortet werden, gegenüber der Postulantin diskriminiert - als Mann, als Rentner, als Parteiloser und fordert, dass seine Vorstösse ebenfalls mit dem gleichen Aufwand beantwortet werden.

Adrian Christen, SP-Fraktion, hat zur Kenntnis genommen, dass es eine kantonale Krisenanalyse gibt. Weiter haben sie zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Problematik mit den Hitzeinseln anscheinend erkannt hat und dabei auf die Legislaturziele zwölf und fünf verweist. In der heutige eingegangenen Fragestunde zeigt sich, dass das Thema Hitzeinseln beim Gemeinderat doch nicht ganz angekommen zu sein scheint. In der Stadt Thun angekommen scheint jedoch das Schlagwort Schwammstadt. Sie glauben, dass das hier Geschriebene nicht wirklich etwas ändern wird. Die Problematik besteht darin, dass ein Grossteil der Privaten zum Stadtklima beiträgt, ob Hitzeinsel oder nicht. Als Beispiel nennt er den Freienhof. Die Verwaltung kann nur einen ganz kleinen Beitrag dazu leisten. Er betont, dass die Stadt Thun im Zusammenhang mit der OPR diesbezüglich eine Chance vergeben hat. Dazu verweist er auf eine kürzlich erfolgte Publikation der Stadt Zürich. Die Stadt Zürich hat in den vergangenen vier Jahren 90 Fussballfelder an Baumkronen verloren, was aufs Jahr gesehen 22 Fussballfelder-Flächen ausmacht. Diese sind verloren, obwohl auch die Stadt Zürich äussert, sie treffe Massnahmen. Die verlorene Fläche ging primär bei Privaten verloren. Die Stadt Bern hat mit einem strengen Baugesetz in den vergangenen 24 Jahren dazu beigetragen, dass der Anteil Baumfläche der Baumkronen um 17 Prozent erhöht wurde. Er betont, dass hier das Gegenteil geschehen ist als in Zürich. In der OPR wurde mit einem schwachen Baumschutz bei Privaten das erreicht, was man in Zürich erreicht hat. Es wird noch mehr Fläche verloren gehen und das Problem der Stadterwärmung wird zunehmen. Er äussert, dass man nicht das erreicht, was die Stadt Bern erreicht hat. Dazu bräuchte es ein strenges Baugesetz. Er nennt die aufgelisteten Erkenntnisse als schön zu haben. Jedoch wird man seiner Meinung nach die Ziele nie erreichen, wenn man nicht den Mut besitzt, auch bei den Privaten einzugreifen. Die Stadt allein hat zu wenig Fläche für eine effiziente Umsetzung. Die Fraktion wird das Postulat dennoch annehmen und hofft, dass beim Freienhof ein erster Schritt gemacht werden kann, damit es nicht so kommt, wie in Zürich, sondern eher wie in Bern.

Simon Werren, Fraktion FDP/Die Mitte, äussert, dass die Ursachen, die zu städtische Wärmeinseln führen, erkannt und aufgeführt sind. Es gilt, die Ursachen zu beachten und wenn möglich zu entschärfen. Er findet es wichtig, dass die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesbezüglich sensibilisiert sind. Dies scheint laut Bericht erfüllt zu sein. Wie von Stadtrat Adrian Christen geäussert, ist auch er der Meinung, dass die Schwierigkeit darin bestehe, auch die Privaten mitzunehmen. Er sieht das Problem weniger bei der Stadt, sondern bei dem ein oder anderen Privaten. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, äussert, durch dem Bericht viel gelernt zu haben. Sie war sich nicht bewusst, dass die Sauna womöglich ungesünder ist, als sie dachte. Die Fraktion sieht und anerkennt, dass das Thema eine Daueraufgabe ist und in die laufenden Vorhaben der Stadt einfließt. Die Fraktion nimmt das Postulat an und wird es grossmehrheitlich abschreiben.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, macht einen Hinweis zum angesprochenen Freienhof und äussert mutig, dass die Bonzen der UNIA mit gutem Beispiel vorausgehen könnten.

Gemeinderat Reto Schertenleib dankt für das Lob und die Anerkennung. Er mutmasst, dass die Analysen auch für den Rückzug der Motion bezüglich Lachen gedient haben, da man erkannt hat, wie wichtig dieses Areal für das Stadtklima und die Naherholung ist. Er bestätigt, dass sie bezüglich Klimastrategie vorwärts machen und sich dieser verpflichtet fühlen. Dabei verweist er auf die genannten Legislaturziele und das Biodiversitätskonzept, das kürzlich verabschiedet wurde. Damit wurde directionsübergreifend einen Rahmen geschaffen, für ein gemeinsame Verständnis darüber, wie vorgegangen und was gemacht werden will. Dabei ist auch die Entsiegelung eine wichtige Frage. Er versichert Stadtrat Nathalie Althaus Spinnler, dass sie ihre Anliegen ernst nehmen. Zu Stadtrat Marc Fritschi äussert er, dass auch seine Anliegen ernst genommen werden. Die ausführliche Analyse mit der Kartenaufstellung wurde lediglich aus der Klimaanalyse des Kantons kopiert. Er gratuliert Stadtrat Adrian Christen zu seinem Mut zur Selbstkritik, in der er bekundet, es im Rahmen der OPR verpasst zu haben, ein schärferes Bauschutzreglement zu verabschieden. Bezüglich Freienhof äussert er, dass es dort um ein privates Vorhaben geht.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, holt das Votum der Fraktion nach. Die Fraktion wird annehmen und nicht abschreiben. Sie dankt Stadtrat Adrian Christen für den Hinweis auf die Fragestunde und auf die Privaten. Sie betont, dass, auch wenn es beim Freienhof privater Grund ist, es nicht der versprochenen Visualisierung entspricht, wie es aussehen wird. Auch dort wird ihres Wissens nach kein Belag verwendet, der dieser Hitze entgegenwirkt. Bezüglich Hinweis Lachen weist sie darauf hin, dass das Projekt Siegenthalergut eindrücklich zeigt, dass heutzutage ohne zusätzliche Hitzeentwicklung gebaut werden kann, auch ein Hallenbad.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 25 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich und schreibt es mit 19 : 18 Stimmen nicht ab.

111. Postulat P 10/2023 betreffend Dach auf Bushaltestellen

Fraktion GLP/EVP/EDU vom 15. Juni 2023; Beantwortung

Nicolas Glauser, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, begrüsst als Nebeneffekt dieses Postulats, dass man aufmerksamer durch Thun fährt und den Dächern der Bushaltestellen mehr Beachtung schenkt. Er hat versucht, das Konzept, dass stadtauswärts grundsätzlich keine Fahrgastunterstände angeboten werden, nachzuvollziehen. Er nennt einige Beispiele von seinem Arbeitsweg, die diesem Konzept widersprechen. Auf der Linie fünf haben beide Haltestellen Hohmad und Dürrenast stadtauswärts ein Dach. Linie eins Haltestelle KKL Thun und Seeblick haben beide stadtauswärts ebenfalls ein Dach. Damit zeigt sich, dass das Schlüsselwort "grundsätzlich" in der Beantwortung einige Ausnahmen kennt. Er glaubt, ein Muster erkennen zu haben. Nämlich sind stadtauswärts vor allem jene Haltestellen überdacht, die von einer besonders schützenswerten Klientel besucht werden. Beim Hohmad sind es die verletzten Personen, die eventuell an Krücken gehen. Beim Dürrenast werden es die Personen sein, die im Migros eingekauft haben. KK Thun spricht für sich - Kulturbesucher in eleganter Abendgarderobe. Beim Seeblick sind Personen der WAG und SILEA unterwegs. Er schlussfolgert, dass sich die Haltestelle Bonstettenpark ohne Probleme in diese Aufzählung einordnen würde. Aus ihrer Sicht ist es gerechtfertigt, wenn die Musikschulbesucher mit ihren

Instrumenten ein Dach über der Haltestelle bekommen. Er weist darauf hin, dass der Zeitpunkt mit dem 50-jährige Jubiläum der Musikschule als nächstes Argument für eine Überdachung genommen werden kann. Die Rückwand könnte entsprechend gestaltet und ein bleibendes Zeichen gesetzt werden. Er ist froh, dass sich allfällige Probleme bezüglich Platzbedarfes zu angrenzenden Privatparzellen nicht bestätigt haben. Das Land hinter der Haltestelle gehört zu je 50 Prozent dem Kanton und der Stadt. Bezüglich des Themas von knappem Platzbedarf hebt er die neue überdachte Haltestelle Hohmad hervor. Dort gibt es aus Platzgründen eine aufklappbare Sitzgelegenheit. Für diese Innovation spricht er dem Tiefbauamt ein Kompliment aus. Sie fänden es unpassend, wenn bei der Gemeinde Spiez für einen Beitrag an die Haltestelle angefragt werden müsste, nur weil die Haltestelle Bonstettenpark stadtauswärts womöglich mehrheitlich von Auswärtigen benutzt wird. Er weist darauf hin, dass die Musikschule eine regionale Institution ist, die unter dem Finanzinstrument Ausgleich von Zentrumslasten läuft. Er ist sicher, dass solche Hilfestellungen miteingerechnet sind. Aus ihrer Sicht sind noch fundiertere Aspekte für eine Prüfung dazugekommen. Sie hoffen auf eine Nichtabschreibung und auf ein Dach für die Haltestelle Bonstettenpark. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne**, äussert Stadtrat Nicolas Glauser bereits fast alles gesagt hat. Sie weist darauf hin, dass die Stadt allenfalls nicht einmal viel selber bezahlen müsste. Sie konnte der Homepage der Musikschule kürzlich entnehmen, dass sie vorhat, ein Crowdfunding für die Überdachung der Haltestelle zu machen. Sie weist darauf hin, dass es beim Coop eine überdachte Haltestelle gibt. Von dort bis zur Endstation sind es ungefähr 1.5 km. Von der Musikschule bis zur Endstation am Bahnhof Spiez sind es 6.5 km. Sie weiss nicht, ob dies mit der Anzahl wartenden Menschen korreliert ist. Hat man Kinder, die mit Instrumenten unterwegs sind, so weiss man, dass diese nicht so vorausschauend denken, dass sie bei Regen noch bei der Musikschule warten, um nicht zu lange im Regen zu stehen. Sie versteht den Anspruch der Musikschule auf eine bedachte Bushaltestelle. Die Fraktion Grüne wird annehmen und nicht abschreiben.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, nimmt vorweg, dass die Fraktion das Postulat annehmen und nicht abschreiben wird. Das Konzept, welches hauptsächlich stadteinwärts Haltestellen überdacht, leuchtet ihnen ein. Sie bedauern, dass es nicht entsprechend umgesetzt wird. Sie finden, dass es auch an anderen Haltestellen wenigstens ein solches Dach wie beim KK Thun stadteinwärts geben sollte. Sie bedauert, dass es stadteinwärts noch einige Haltestellen gibt, die nicht überdacht sind. Sie fänden es vorteilhaft, wenn es bei Regen oder Schnee besonders für Kinder, Personen mit Kinderwägen oder gehbehinderten Personen an den Haltestellen ein Dach gäbe. Da gerade diese Personen nicht immer einschätzen können, wie lange der Weg zur Haltestelle dauert. Sie weist darauf hin, dass bestimmt schon die Mehrheit im Saal einmal mit einem Gebrechen unterwegs war. Bezüglich Musikschule finden sie, dass es praktisch wäre, wenigstens bei der Haltestelle Camping ein Dach zu haben, auch wenn diese nicht stadteinwärts läuft.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet die Diskussion komisch und konfus. Er äussert, dass man für den Weg zur Haltestelle einen Schirm dabei hat, den man auch fürs Warten nutzen kann. Sie gehen mit den Postulanten einig, dass es ungemütlich ist, im Regen zu stehen. Gleichzeitig verstehen sie die Begründung in der Beantwortung vom Gemeinderat, warum noch nicht alle Haltestellen mit einem Unterstand ausgestattet werden konnten. Er ist überzeugt, dass im Rahmen der laufenden Haltestellensanierungen auch das Thema Unterstand geprüft und durch die zuständigen Fachstellen beurteilt wird. Auch wenn es kein Trost zu scheinen mag, weist er darauf hin, dass in der Stadt Bern die Haltestelle Hirschengraben, eine der am meisten frequentierten Haltestellen im ÖV-Netz der Stadt Bern, stadtauswärts auch nicht über einen gedeckten Unterstand verfügt. Beharrt man bezüglich Haltestelle Bonstetten auf eine Überdachung und zeigt keine Einsicht für die Haltung vom Gemeinderat, so kann sich die Haltung der Fraktion bezüglich annehmen oder nicht annehmen gegenüber dem in der Fraktionssitzung besprochenen noch ändern. Er kann nicht sagen, dass sie einstimmig annehmen werden, aber sie werden einstimmig abschreiben.

Gemeinderat Reto Schertenleib widerspricht der Meinung von Stadträtin Manon Jaccard, dass das Konzept stadteinwärts nicht umgesetzt wird. Es wird umgesetzt, aber es ist noch nicht umgesetzt. Somit ist

auch die Feststellung von Stadtrat Nicolas Glauser korrekt, dass das "grundsätzlich" Ausnahmen kennt. Es gibt auch stadtauswärtst Haltestellen, die überdacht sind. So lange die Haltestellen stadteinwärts noch nicht alle saniert und überdacht sind, setzten sie die Priorität auf diese Haltestellen. Wenn dies alles abgetan ist, kann man sich um die stadtauswärtsführenden Buslinien kümmern. Bezüglich Crowdfunding äussert er, dass er sich dem nicht bewusst war, aber solchen Lösungen offen gegenübersteht.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 23 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen an und schreibt es mit 20 : 17 Stimmen nicht ab.

Die Sitzung wird für fünf Minuten bis 21. 25 Uhr unterbrochen.

112. Interpellation I 04/2023 betreffend Stau beenden, Innenstadt entlasten

Marc Fritschi (parteilos), Matthias Zellweger (parteilos) und Sandro Badertscher (parteilos) vom 11. Mai 2023; Beantwortung

Marc Fritschi (Parteilos) äussert, dass er mit der Antwort nur teilweise befriedigt ist. Zum nicht befriedigten Teil möchte er etwas sagen und wünscht somit die Diskussion. Diese wird grossmehrheitlich gewährt.

Marc Fritschi (Parteilos) weist darauf hin, dass in Thun seit Jahrzehnten ein Verkehrsproblem besteht. Der Verkehr vom rechten Seeufer muss durch das Nadelöhr Lauitor in der Stadt verlaufen. Dieses Problem wäre technisch schon längst lösbar. Die Situation hat sich verschärft, da sich die Bevölkerung und somit auch der Verkehr in den letzten 30 Jahren um mehr als 30 Prozent erhöht hat. Immer mehr Städte entlasten solche neuralgischen Stellen mit einem Tunnel. Als Beispiel nennt er Ennetbaden, ein kleiner Teil von Baden. Baden hat 20'000 Einwohner. Oder auch Küsnacht am Rigi mit 14'000 Einwohner. Diesen Sommer hat auch Rapperswil mit 28'000 Einwohnern beschlossen, einen Tunnel zu bauen, um einen Engpass umfahren zu können. Dies als Vergleich zu Thun mit 46'000 Einwohnern. Die Parteilosen haben in der Interpellation einige sachliche Fragen gestellt. Auffällig ist, dass der Gemeinderat in der Beantwortung einen sehr aggressiven Ton gewählt hat. Der Gemeinderat legt uns den Vorwurf in den Mund, er hätte keine Strategie. Das haben wir weder gedacht noch geschrieben. Die Parteilosen sind befriedigt mit den Antworten zu den Fragen 1 bis 3 und zu Frage 8. Zu Frage 8 stellen die Parteilosen die Zusatzfrage, ob der genannte Bericht öffentlich dargelegt wird oder geheim ist. Zu Frage 4: Den meisten ist bekannt, dass irgendwann die Sinnebrücke Thun ersetzt werden muss. Den Parteilosen ist unwohl, wenn die Verkehrsplanung wirklich zukunftsgerichtet ist, wenn der Gemeinderat äussert, dass man beim Angehen dieses Projekts über Verkehrsprovisorien diskutieren müsse. Eine Hauptachse kann man nicht über die Schleuse und den Göttibachsteg umfahren. Zu Frage 5 wird uns in Aussicht gestellt, dass in der Innenstadt ein attraktiver Verkehrsraum erarbeitet wird. Er bemängelt, dass dies geschieht, bevor man weiss, wo die Verkehrsführung durchgehen wird. Deshalb findet er auch das keine befriedigende Planungsstrategie. Zu Frage 6 waren und sind sich die Parteilosen bewusst, dass es regionale Planungsgremien gibt. Sie hätten aber gerne gewusst, ob der Gemeinderat die Anliegen der Thunerinnen und Thuner dort einbringen wird oder nur auf die Varianten der Experten oder der umliegenden Gemeinden warten. Er bemängelt auch diese Ausgangslage und fragt sich, ob der Gemeinderat in diesem Gremium eine Meinung vertritt. Er fragt, ob die Studien und Berichte, die bis Ende 2023, also in sechs Wochen, vorliegen sollen, öffentlich sein werden oder geheim sind. Die Frage 7 war eher vergangenheitsgerichtet. Die Frage war, wie viel diese Verkehrsprovidurien und Ersatzlösungen gekostet haben. Die Kosten scheinen auf die laufende Rechnung verteilt und nicht zusammengeführt zu werden. Er ist enttäuscht, dass in der Beantwortung nicht einmal die externen Kosten wie beispielsweise jene vom Verkehrsdienst zusammengetragen wurden. Als einzig konkrete Zahl wurden die 195'000 Franken für die Sofortmassnahmen von November 2021 genannt. Er fragt den Gemeinderat, ob er die Kosten der Ersatzmassnahmen des Verkehrs nicht kennt oder sie nicht

äussern will. Zu Antwort 9 äussert er, dass er keinen politischen Willen wahrnimmt, dass etwas gemacht werden will. Die von Stadtrat Thomas Hiltbold vorgeschlagene Spezialfinanzierung für einen Hübelitunnel würde er unterstützen. Zudem würden Bund und Kanton die Kosten mittragen. Die Stadt müsste also nicht alles bezahlen. Aus seiner Sicht wäre es nötig, dass der Gemeinderat eine Strategie kommuniziert und vertritt, wenn er als Exekutive Ziele erreichen will. Das könnte eine Reduktion des Staus und der Staukosten sein. Oder: Es könnte bei der Zufahrt zum Hübelitunnel ein Eisstadion und ein Hallenbad gebaut werden. Die Mitglieder der Parteilosen sind von der gemeinderätlichen Antwort insgesamt enttäuscht, weil die meisten Fragen nicht beantwortet sind. Der Gemeinderat gibt weder seine Ziele noch die Strategie bekannt. Sie wissen nicht, wofür sich der Gemeinderat in den regionalen Gremien und gegenüber dem Kanton einsetzt. Die Antwort zeigt nur die Taktik des Gemeinderats, nicht aber eine Strategie. Und diese Taktik ist: Probleme aufschieben, vertrösten und aussitzen, Pflasterlipolitik, nur Symptome bekämpfen, Diskussionsrunden statt Massnahmen, Verstecken hinter regionalen Gremien, Anliegen der Bevölkerung nicht aufnehmen, möglichst nie entscheiden. Es wird gejammert, wie viel Arbeit es gebe, wenn Vorstösse eingereicht werden, aber selbst macht man möglichst wenig.

Jonas Baumann (EVP) ist sich sicher, dass man sich im Saal bezüglich Staureduktion und Innenstadtentlastung einig ist. Er äussert, mit kaum einem Thema so viel Zeit verbracht zu haben, wie mit Verkehrsthemen. Er war im Round Table und an verschiedenen Workshops zu diesem Thema. Es wurde versucht, in Thun kurzfristige Lösungen zu finden, um die Situation entschärfen zu können. Die längerfristigen Themen wurden bewusst aufgeschoben. Die Frage war, wie in kurz- und mittelfristigen Zeiträumen eine Wirkung erzeugt werden kann. Es wurde alles Mögliche versucht, eingebracht und ausgewertet. Er betont, dass die Wirkungsmessung dieser kurz- und mittelfristigen Massnahmen noch nicht abgeschlossen ist. Seiner Meinung nach macht es wenig Sinn, vor der Umsetzung und Auswertung dieser Massnahmen bereits wieder neue umsetzt. Sonst wäre diese Runde umsonst gewesen. Die Wirkungen der geplanten Massnahmen müssen abgewartet werden. Anschliessend kann, falls nötig, nachjustiert werden. Die Verkehrsthemen sind komplex. Wird an einem Ort geschraubt, so hat es am anderen Ort Auswirkungen. Man könnte sagen, die anderen ringsum sind glücklich und die Thuner haben das Problem. Er findet es fragile, es so lösen zu wollen. Am Schluss bleibt seiner Meinung nach immer die Frage, wo die Lösung für die Thuner stimmig ist. Er ist überzeugt, dass viel probiert und gemessen wurde und man die Folgen einer Veränderung an gewissen Orten kennt. Er plädiert dafür, dass man die Daten und Unterlagen abwartet, um sagen zu können, wie die Auswirkungen aussehen werden. Bezüglich Statistik betont er, dass die Situation nicht schlechter geworden ist. Dazu gibt es statistische Daten. Bei einer Analyse deren ist klar ersichtlich, dass die Wartezeit insgesamt abgenommen hat. Gesamtheitlich betrachtet konnte mit dem Bypass und anderen Massnahmen eine Verbesserung erzielt werden. Er bittet, eine Statistik ganzheitlich zu betrachten. Schlechter ist es nur dann, wenn es für alle insgesamt schlechter ist und nicht nur für Einzelne.

Markus van Wijk (FDP) fordert den Gemeinderat auf, den letzten Stand der Dinge bekanntzugeben. Er wunderte sich, dass die Politiker zum Echoraum vom 26. Oktober grösstenteils nicht eingeladen waren. Im Echoraum wurden drei Möglichkeiten genannt: die Erhöhung der jetzigen kurzfristig angedachten Massnahmen, der Hübelitunnel und die Aarequerung Thun Süd. Er empfiehlt, dass sich die Stadt gut überlegt, was für die Stadt Thun für die Zukunft den grössten Return of Investment bietet. Er weist darauf hin, dass dies im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm 5 und 6 steht. Dort gibt es gewisse Termine, die nicht mehr allzu lange offen sind. Er betont, dass nicht mehr ewig lange gewartet werden kann.

Thomas Hiltbold (Grüne) findet, dass mit dem Titel der Interpellation ein frommer Wunsch ausgedrückt wird. Es geht um Geld und man kann es nicht einfach damit abtun, dass der Bund und der Kanton auch zahlen. Die Agglomerationsprogramme 5 und 6 haben gewisse Spielregeln. Es gibt immer noch offene Massnahmen aus den Agglomerationsprogrammen 1 und 2. Er betont, dass längst nicht alle Aufgaben erfüllt wurden. Es plädiert dafür, dass dort Druck gemacht werden sollte, damit es vorwärts geht. Der Bund und der Kanton werden geltend machen, dass die Vereinbarungen aus den Agglomerationsprogrammen 1 und 2 noch nicht erfüllt sind und sie sich nicht dafür einsetzen, dass etwas aus den Programmen 5 und 6 umgesetzt wird. Man muss sich an die Spielregeln halten.

Gemeinderat Reto Schertenleib weist bezüglich dem Vorwurf von Stadtpräsident Marc Fritschi, ob sich der Gemeinderat als Exekutive aktiv im Interesse der Thunerinnen und Thuner in den Forumsprozessen einbringe, darauf hin, dass der Stadtpräsident diesen Forumsprozess angestossen hat. Bezüglich Kosten weist er darauf hin, dass sie aufgeführt haben, welche Kosten einfach und welche weniger einfach zu beziffern sind. Er kann nicht sagen, was es bis jetzt gekostet hat. Weiter bestätigt er, dass sie sich für die Thunerinnen und Thuner einsetzen. Er wundert sich über die Frage, da Stadtrat Marc Fritschi den Gemeinderat gleichzeitig für etwas kritisiert, mit dem versucht wird, den Thunerinnen und Thuner Entlastung zu bieten. Nämlich dem Ausweichverkehr. Wie von Stadtrat Jonas Baumann-Fuchs geäussert, ist es sehr fragile. Wird irgendwo etwas gemacht, hat es anderswo Auswirkungen. Es besteht ein Problem und es gibt keine kurzfristige Lösung. Er bestätigt, dass die Kommission Wirtschaft noch vor Weihnachten über das weitere Vorgehen beschliessen und darüber kommunizieren wird.

113. Postulat P 09/2023 betreffend Boots-Tankstelle

Fraktion GLP/EVP/EDU, Fraktion SVP sowie Fraktion FDP/Die Mitte vom 15. Juni 2023; Beantwortung

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, nimmt vornweg, dass die Fraktion entgegen der Meinung vom Gemeinderat überzeugt ist, dass es auf dem Thunersee eine zweite Tankstelle braucht. Sie stellen den Antrag auf Annahme. Sie wollen nicht, dass das Thema im Rahmen der anstehenden Arealentwicklungen, wie beispielsweise dem Masterplan Lachen, geprüft wird. Der Gemeinderat hat den Auftrag bekommen, mögliche Standorte wie auch allfällige Kooperationen zu prüfen und Vor- und Nachteile aufzulisten. Weiter sollten sie einen möglichen Zeitplan für eine Umsetzung skizzieren. Er hat den Eindruck, dies ist nur teilweise oder knapp erfüllt worden. Zum erteilten Auftrag gibt es Differenzen. Er fasst zusammen, warum es eine weitere Boots-Tankstelle braucht. Seiner Meinung nach macht es wenig Sinn, wenn mit dem Boot herumgefahren werden muss, um es an einem entfernten Ort tanken zu können. Er hat selbst gesehen, dass Leute ihre Tanke mit dem Kanister füllen. Dabei sollte man bedenken, dass die Fische und Enten vom See gegessen werden und im See gebadet wird. Weiter weiss er, dass die Boote mit Stromantrieb in aller Munde sind, jedoch eine schlechte Energieeffizienz und schlechte Leistung haben. Er ist skeptisch, dass solche bald kommen werden. Er liest, dass es schwierig ist, ein Boot mit genügend Energie betreiben zu können. Bezüglich der Prüfung von Kooperationen wurde in der Antwort lediglich genannt, dass es die BLS nicht ist. Damit wurde ein einziger Partner befragt. Als Beispiel für Kooperationen nennt er die umliegenden Gemeinden, die ebenfalls viele Boot generieren. Sei es Hilterfingen oder Hünibach. Auch könnte der Anbieter in Merligen, der bereits eine Tankstelle hat, gefragt werden. Weitere mögliche Kooperationspartner könnten die Bootsvermieter sein. Bezüglich Standortes dreht sich in der Antwort alles um den Strämu und die Matte, auf der man liegen will. Sie hätten sich eine breitere Prüfung erhofft. Er nennt den Deltapark, den Ruderclub wie auch Nachbargemeinden. Er weist auf einen Widerspruch in der Antwort hin. "Es gibt keine anderen Standorte" und "... die Standorte sind limitiert" sagt nicht dasselbe aus. Es wäre auch denkbar, eine Tankstelle ins Wasser zu setzen. Die Machbarkeit hat er nicht geprüft. Er bezieht sich auf die genannte Liegewiese im Strämu und weist darauf hin, dass er dort wenig Leute liegen sieht. Es ist schattig und durch die Boote lärmig wie auch stinkig. Er behauptet, dass sich die Statistik, wie viele Leute da wirklich liegen, herausfinden lassen würde. Er ist der Meinung, dass es nicht schlimm wäre, wenn es diese Liegewiese nicht gäbe. Wie der Zeitung zu entnehmen war, ist die Mehrheit vom Gemeinderat gegen eine vertiefte Prüfung. Er bedauert, dass ihr Vorstoss so beantwortet wurde und findet, dass die vertiefte Prüfung noch stattfinden muss. Sie stellen den Antrag auf Annahme.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt Stadtrat Jonas Baumann, dass er in seinen Ausführungen bereits viel gesagt hat. Für ihn ist es ein Slalomthema. Er weist darauf hin, dass das Ganze bereits 2014 mit dem Postulat von Stadtrat Schertenleib und ihm im Zusammenhang mit Lachen begonnen hat. Es folgte ein Postulat für die Prüfung von diesem Standort, das mit Ja beantwortet wurde. Eine kürzlich eingereichte Fragestunde hat wieder alles abgeklemmt. Nun kommt ein Postulat, das wieder danach fragt. Dies zeigt, dass die Frage schon einige Male gestellt wurde. Der Bedarf ist ausgewiesen und er fordert, dass das

Vorhaben geprüft wird. Er unterstreicht, dass das Tanken mit Kanistern verboten ist, sich aber viele dazu genötigt fühlen. Er fasst zusammen, dass in ihrem Postulat kein Standort benannt ist. Deshalb erwarten sie, dass im Rahmen einer Annahme weitere Standorte geprüft werden, wie es auch in der Antwort steht. Weiter muss das Thema im Rahmen von anderen Projektplanungen miteinfließen. Die Fraktion ist einstimmig für eine Annahme.

Simon Werren, **Fraktion FDP/Die Mitte**, bestätigt, dass im Stadtrat bereits mehrmals über das Thema Boots-Tankstelle diskutiert wurde. Er fragt sich, ob schlussendlich irgendwo eine Lösung realisiert werden kann. Auch wenn die Möglichkeiten bei der Hafenanlage Lachen nicht mehr gross zu sein scheinen, könnte es dort noch eine Lösung geben. Bei Annahme des Postulates plädiert er dafür, dass die Erstellung einer Boots-Tankstelle im Rahmen der anstehenden Arealentwicklungen geprüft wird. Er weist auf die genannte Masterplanung Lachen hin und bemerkt, dass sie ohnehin gespannt sind, was diese alles enthält, wenn sie dann mal auf dem Tisch liegt. Auch ihrer Meinung nach fehlt die vertiefte Prüfung vom Postulat. Die Fraktion wird das Postulat annehmen.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, geht mit den Einschätzungen der Postulantinnen und Postulanten einig, dass die aktuelle Situation nicht dem Idealfall entspricht. Gerade dann, wenn sich Bootsbesitzer im unteren Seebecken aufhalten. Das Tanken ist aufwändig und mit unnötigen CO2-Emissionen verbunden. Für andere lassen sich die Wege zur Tankstelle mit bewussten Absichten verbinden. Für diese stellt das Tanken kein Problem dar. Fakt ist ihrer Meinung nach, dass vieles abgeklärt wurde. Die Fraktion wird das Postulat ablehnen, um zu vermeiden, dass zum jetzigen Zeitpunkt ohne Aussicht auf ein Weiterkommen noch mehr Arbeit in die Thematik gesetzt wird. Trotz wohlwollender Haltung. Er bestätigt, dass Boote mit Elektromotoren auf dem Thunersee noch in klarer Unterzahl sind. Gemäss ihm gibt mit den jetzigen Voraussetzungen durchaus Anreize und Argumente, um dieses Verhältnis weiter zu verschieben. Er weist darauf hin, dass es durchaus Regionen gibt, die deutlich stärker auf die Vorteile von effizienteren Elektromotoren bauen. In Österreich wird es viel mehr geschätzt und gepusht, negative Konsequenzen vom Motorbootverkehr, wie Lärm und Emission, dank fortgeschrittenen Technologien zu vermindern. Die Entwicklung im Bereich von elektrischen Motoren für Booten hat grosse Fortschritte gemacht und liegt in Anbetracht der Umwelt und Betriebskosten klar im Vorteil gegenüber mit fossiler Energie betriebenen Booten. Die Ausstattungen von vielen gängigen Booten scheinen sich für eine Umrüstung auf Elektroantrieb ohne grosse Veränderung zu eignen. Wie der Gemeinderat festhält, ist davon auszugehen, dass die Tendenz zu Elektromotoren weiter ansteigen wird. Es dürfte für alle nachvollziehbar sein, dass in diesem Jahr, in dem die Klimastrategie verabschiedet wurde, die Frage zukunftsorientiert beurteilt wird und nicht mehr unverhältnismässig viele Ressourcen in die Herstellung von Infrastrukturen gesetzt werden, die nicht prioritär erneuerbare Energien berücksichtigen. Die Stadt nimmt ihre Vorbildrolle wahr und richtet ihre Energieinfrastruktur auf das Ziel Netto Null aus. Die Bevölkerung darf durchaus sensibilisiert werden. Er findet, dass das Boot nicht immer das schnellste und stärkste sein muss. Oft genügen auch gemütlichere Modelle, um von A nach B zu kommen und die Freizeit auf dem See zu verbringen. Sie hoffen, dass auch hier Sharing-Lösungen gesucht werden. Immerhin geht es um einen Teil der Freizeitgestaltung und nicht darum, dass Leute auf möglichst schnelle Transporte und Wege angewiesen sind. Sie hoffen auf innovative und zukunftsorientierte Lösungen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, bekundet, dass sie bei einer Annahme des Postulates den Antrag auf Abschreibung stellen. Sie sind der Meinung, dass das Postulat ausreichend geprüft wurde und der Prüfauftrag erfüllt ist. Er wiederholt, dass die betroffene Boots-Tankstelle bereits viel diskutiert und schon vieles ausprobiert wurde. Er findet, es gehe zu weit, noch mehr auszuprobieren. Er plädiert dafür, die Verwaltung nicht noch mehr mit dieser Thematik zu beüben, da es im Moment für die Stadt Thun keine Lösung gibt. Dies sollte akzeptiert werden. Er sieht es ähnlich wie Stadtrat Reto Kestenholz. In Österreich gibt es bereits Seen, auf denen Benziner verboten sind. Es ist also möglich, dass es nur Elektroboote gibt. Im Rat wird bestätigt, dass es bereits eine Elektroladetankstelle, wie er sie vorschlägt, gibt.

Gemeinderat Reto Schertenleib kann nachvollziehen, wenn der Prüfauftrag aus Sicht von Stadtrat Jonas Baumann bedürftig ausgefallen ist und weist auf die genannte Schonung der finanziellen und personellen Ressourcen hin. Der Gemeinderat stellt immerhin in Aussicht, dass er bei einer Annahme des Postulates die Fragestellung im Rahmen der Masterplanung Lachen seriös mitnehmen würde. Er berichtigt die genannte Unschärfe in der Beantwortung und sagt, dass es für ihn nicht keine weiteren, sondern eine limitierte Anzahl von Standorten gibt. Sie möchten den Betrachtungsperimeter nicht bis zum Deltapark ausweiten. Er will sich nicht ausmalen, wie jene vom linken Seeufer reagieren, wenn auf ihrem Boden eine Boots-Tankstelle zum Thema wird. Dies in Anbetracht, dass er schon von den Bewohnern des rechten Seeufers bezüglich Befragung der Bewohner zum Ausweichverkehr beschimpft wurde.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 23 : 14 Stimmen als erheblich an und schreibt es mit 23 : 14 Stimmen nicht ab.

114. Postulat P 07/2023 betreffend Prüfung von personellen Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Stadt Thun als Arbeitgeberin

Nicole Krenger (GLP), Thomas Bieri (SVP), Fraktionen GLP/EVP/EDU vom 15. Juni 2023; Beantwortung

Thomas Bieri (SVP) wertet es positiv, dass das Postulat in der Kaderkonferenz thematisiert wurde und sich das Kader dazu äussern konnte. Sie wollten mit dem Vorstoss die Ziele von mehr Freiheit und einer besseren Work Life Balance erreichen sowie eine Attraktivitätssteigerung der Arbeitgeberstadt Thun hinsichtlich ausgeschriebener Stellen. Sie wussten, dass die beiden Anliegen nicht neu sind und gerade die Vertrauensarbeitszeit auch bei Arbeitgebern der öffentlichen Hand problemlos angewandt wird. Die Eidgenossenschaft und der Kanton haben die Vertrauensarbeit bereits eingeführt. Er weiss, dass einige Mitarbeitende vom Bund und Kanton nichts anderes als die Vertrauensarbeitszeit mehr möchten. Bezüglich Ferienkauf nennt er als Beispiel die BLS mit fast 3'500 Mitarbeitenden, bei der dieses System gut funktioniert. Er kennt in seinem Arbeitsumfeld auch Handels- und Produktionsfirmen, die den Ferienkauf im kommenden Jahr einführen werden. Umso mehr waren sie überrascht, dass das Kader über den Vorstoss wenig erfreut war. Es bleibt die Frage offen, ob das Bedürfnis nach Ferienkauf bei den Nichtkadermitarbeitenden dennoch bestehen würde. Wie auch der Antwort entnommen werden konnte, besteht das Problem, dass mehr Ferienabwesenheit für die Anwesenden zu einem Mehraufwand führt. Sie vertrauen darauf, dass der Gemeinderat das Anliegen trotz Antrag auf Abschreibung ernstgenommen hat.

Thomas Bieri, SVP-Fraktion, betont, dass die Fraktion für gute Arbeitsbedingungen der städtischen Mitarbeitenden einstehe. Sie ist sich bewusst, dass bei dem schwierigen Arbeitsmarkt und dem Fachkräftemangel Massnahmen gefragt sind, die die Stadt Thun als gute Arbeitgeberin auszeichnen und die Work-Life-Balance der Mitarbeitenden verbessern. Die Massnahmen sind vielfältig, müssen jedoch auf die Bedürfnisse und die finanziellen Verhältnisse des Arbeitgebers abgestimmt werden. Die Fraktion ist über die Ablehnung seitens Kaders ebenfalls überrascht. In der Fraktion kam die Frage auf, ob das Postulat wirklich abgeschrieben werden soll, oder ob die postulierten Massnahmen über einen anderen Weg wie einer Reglements-Überarbeitung eingebracht werden sollen. Für die Fraktion ist der Prüfauftrag erfolgt. Sie werden das Postulat annehmen und abschreiben.

Alois Studerus, Fraktion FDP/Die Mitte, äussert, dass die Fraktion dem Antrag auf Annahme und Abschreibung Folge leisten wird. Er hält fest, dass man grundsätzlich Ausführungen zu einer Attraktivitätssteigerung machen kann. Man könnte sich überlegen, was für jene, die ein Bedürfnis danach haben, gemacht werden kann. Er ist der Meinung, dass diese Punkte in den angedachten Schritten bezüglich Personalrecht geprüft und allenfalls verbessert werden. Die Überraschung bezüglich der negativen Aufnahme seitens Kader war auch bei ihnen vorhanden.

Susanne Gygax-Wymann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, sagt, dass Thun als gute Arbeitgeberin wahrgenommen und fähige Personen für die entsprechenden Aufgaben gefunden werden sollen. Die Fraktion hat sich ebenfalls erstaunt mit der Auswertung der Kaderkonferenz auseinandergesetzt. Zum Thema Ferienkauf für die Mitarbeitenden gab es gar keine Rückmeldungen, obschon bekannt ist, dass gerade die Generationen Y und Z mit Wahlmöglichkeiten zu Frei- und Ferienzeiten begeistert werden können. Die Anliegen sind deponiert. Sie werden diese im Rahmen der Revision auf dem Radar behalten, ob mit oder ohne heutige Abschreibung. Sie folgen dem Antrag vom Gemeinderat auf Annahme und Abschreibung, ohne bereits heute etwas Konkretes zu bejahen oder zu verwerfen. Sie wollen es zum gegebenen Zeitpunkt prüfen.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, mutmasst, dass es auch eine Kulturfrage ist. Mit dem Verzicht auf Zeiterfassung würde auch die Führungsverantwortung der Vorgesetzten wachsen und es bräuchte eine entsprechende Veränderung. Sie finden, dass das Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt in einem Gesamtrahmen wieder aufgegriffen werden kann. Dann müssten auch die Rahmenbedingungen mitüberprüft und definiert werden, wie die Kultur ringsum aussehen sollte. Bezüglich Ferienkauf erlaubt er sich den Hinweis auf unbezahlten Urlaub, was seiner Meinung nach dasselbe und in der Stadtverwaltung bereits möglich sein sollte. Die Fraktion wird den Antrag annehmen und abschreiben.

Franz Schori, **Fraktion SVP**, äussert, dass sie über die Ablehnung seitens Kader nicht überrascht sind. Für sie ist es selbstverständlich, dass man nicht bereit ist, überlange Arbeitstage, Abendarbeit und Wochenendarbeit ohne Aussicht auf Kompensation der Arbeitszeit und bei gleichbleibendem Lohn zu leisten. Er weist darauf hin, dass die Überstunden auch teilweise aufgrund eingereicherter Vorstösse geleistet werden müssen. Die Fraktion lehnt das Postulat ab. Er weist auf den genannten unbezahlten Urlaub hin und berichtigt, dass es eine kleine Differenz zum Ferienkauf gibt. Will die Attraktivität gesteigert werden, so müsste man darüber nachdenken, grundsätzlich mehr Ferien zu gewährleisten. Den Ferienkauf können sich längst nicht alle leisten. Er betont, dass es gesamtgesellschaftlich längst an der Zeit wäre für eine Arbeitszeitverkürzung.

Gemeinderätin Andrea de Meuron wurde angefragt, was bezüglich Revision des Reglements eingeplant ist. Sie orientiert, dass sie proaktiv ins Prüfen gingen, weil sie als Arbeitgeberin dazu angehalten sind, attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Sie ist froh, dass aktuell in vielen Gebieten, wenn leider auch nicht in allen, sehr gute Talente gewonnen werden konnten. Diese will man behalten können. Nebst den im Postulat geforderten Einzelmassnahmen wurden bereits viele andere Massnahmen umgesetzt, wie flexible Arbeitsformen und die Einführung der DU-Kultur, zu der es seitens neuer Mitarbeitenden viel positives Feedback gibt. Weiter wurden die Führungsgrundsätze verabschiedet und gelebt. Die Befragungen der Mitarbeitenden werden wiederholt. Dies als einige Beispiele, nebst der geplanten Personalstrategie. Die Ergebnisse aus der Lohnanalyse haben den Gemeinderat dazu veranlasst, eine Teilrevision des Personalreglements in die Wege zu leiten. Bezüglich Definition von Attraktivität scheiden sich die Geister. Zur Aussage von Stadtrat Franz Schori äussert sie, dass man nichts einführen würde, ohne entsprechende Massnahmen zu definieren. Für sie ist es klar, dass eine Gegenleistung erfolgen müsste, sei es mehr Ferien oder eine andere Gegenmassnahme. Sie geht davon aus, dass dies auch die Absicht der Urheberschaft war. Sie wiederholt, dass es eine Kultur- und nicht eine Altersfrage ist. Man befindet sich in einem starken Kulturwandel, den sie als positiv wahrnimmt. Sie haben auch schon überlegt, inwieweit eine Viertagewoche für die Gewinnung von Talenten ein Thema sein könnte. Sie geht davon aus, dass die Abschreibung stattfinden wird. Abgesehen von diesen isolierten Massnahmen können die Gedanken im Rahmen der geplanten Teilrevision mit auf den Weg genommen werden. Sie nimmt den Rat beim Wort, immer mit dem Ziel, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Thomas Bieri (SVP) erlaubt sich ein Hinweis zu den Voten der Gegenseite. Auch er geht davon aus, dass es Ausgleichsmassnahmen geben würde. Die Vertrauensarbeitszeit haben auch der Bund und der Kanton nicht ohne definierte Massnahmen einer Gegenleistung eingeführt. Zum unbezahlten Urlaub äussert er aus eigener Erfahrung, dass es gerade bezüglich Sozialversicherungen viel unkomplizierter ist, wenn Ferien gekauft werden können. Bei der BLS können ein bis zwei Wochen Ferien gekauft werden bei

gleichbleibendem Monatslohn. Er ist froh über die grundsätzlich gute Aufnahme und die Antwort vom Gemeinderat.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklart das Postulat mit 26 : 9 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich an und schreibt es einstimmig ab. Ein Stadtratsmitglied befindet sich während der Abstimmung nicht im Stadtratssaal.

115. Interpellation I 05/2023 betreffend Kreislaufwirtschaft im Bausektor

Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne vom 15. Juni 2023; Beantwortung

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, ist von der Beantwortung befriedigt und dankt dafür.

116. Fragestunde F 26/2023 betreffend OPR

Matthias Zellweger (PARTEILOS) vom 8. November 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 26/2023 wird schriftlich beantwortet.

117. Fragestunde F 27/2023 betreffend Anzahl Bäume im Lachen, die für eine Wasser- und Eissport-halle gefällt werden müssten

Franz Schori (SP) und Thomas Hiltpold (Grüne) vom 13. November 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 27/2023 wird schriftlich beantwortet.

118. Fragestunde F 28/2023 betreffend Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen in Thun

Franz Schori (SP) vom 13. November 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 28/2023 wird schriftlich beantwortet.

119. Fragestunde F 29/2023 betreffend Reorganisation Thuner Volksschule – Goldiwiler Vertretung zwingend in der städtischen Schulkommiss

Valentin Borter (SVP), Sonja Graf (SVP), Mark van Wijk (FDP) vom 14. November 2023; Beantwortung

Die Fragestunde F 29/2023 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Stadtratssekretär Christoph Stalder informiert über den Jugendvorstoss Postulat P 19/2023 betreffend im Winter wärmere Klassenzimmer im Container der Oberstufenschule Strättligen. Er weist darauf hin, dass die Jugendlichen über 47 Unterschriften zusammengebracht und die Sache ernst genommen haben. Der Vorstoss wurde ihm persönlich vorbeigebracht. Es wurden bereits Massnahmen eingeleitet und der

Vorstoss wurde wieder zurückgezogen. Weiter bittet er den Rat, sich für den Schlussabend Stadtrat vom 15. Dezember 2023 anzumelden.

Der Stadtratspräsident zeigt sich mit der Sitzung zufrieden und dankt für die ausdauernde Mitarbeit. Er schliesst die Sitzung um 22.30 Uhr

Eingänge

- Interpellation I 11/2023 betreffend Umgebungsgestaltung beim Restaurant Freienhof frei nach dem Motto «lieber eine asphaltierte Hitzeinsel als eine blühende Stadtoase»; Thomas Hiltbold (Grüne) und Fraktion Grüne vom 16. November 2023

Der Stadtratspräsident



Manfred Locher

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder